ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DIENSTAG, 29 JANUAR 1974. ● PREIS: AG. 80 אג' המחיר: ● יום שלישי, ו' שבט תשל"ד

Erste Phase des Rückzuges vom Suez-Westufer beendet

(WT) — Gestern um 12 Uhr ...ittags beendete Zahal die er... Phase seines Rückzuges im ...ahmen des Disengagement-Ab...ommens. Alle Truppenbewe...ngen gingen planmässig vor ...h und es gab dabei keine ...wischenfälle.

...Um 7 Uhr früh übergab Za...l an die UNO-Truppen das ...ebiet um d. Kilometer 101 an ...r Strasse Kairo — Suez. Die ...ebergabe des Hafens Adabieh ...folgte um 10 Uhr vormittags. ...m 10.30 Uhr wurden dem ...ommandanten der UNO-Trup... der von uns besetzte Teil ...r Stadt Suez übergeben. Im ...asino der Stadt fand eine be...heidene Zeremonie statt, bei ...lcher dem UNO-Kommandan... ein grosser Schlüssel aus ...arton überreicht wurde, der ... Stadtschlüssel symbolisierte. ...r UNO-Kommandant ver...rach diesen Schlüssel an den ...yptischen Kommandanten zu ...ergeben, sobald dieser das ...n uns geräumte Gebiet beset...t wird.

Um 12 Uhr war die Uebergа... des gesamten Gebietes süd...h der Strasse Kairo—Suez be...det. Unsere Truppen haben ...llungen bezogen welche nörd...h und parallel dieser Strasse ...laufen und zwar in einer ...tfernung von einigen Kilome...n. Die Strasse selbst wurde ...t dem geräumten Gebiet um ...00 Uhr von der UNO-Trup... den Aegyptern übergeben. ...r Zivilverkehr auf dieser ...asse wird von den Aegyptern ...rzeit noch nicht zugelassen.

In den Stützpunkten, welche ...ute von Zahal geräumt wur...n, traten die Truppen an und ...äsentierten ihre Waffen als ... Flagge eingeholt wurde. Der ...zug der letzten Truppen ge...hah in Form einer taktischen ...ückzugsbewegung, wobei die ...ampfpanzer die Nachhut bil...ten.

Als die ägyptischen Truppen ...n 6 Uhr abends das Gebiet von der UNO-Truppe übernahmen und damit die Einkesselung der dritten ägyptischen Armee aufgehoben war, feuerten deren Soldaten farbige Raketen und Gewehrsalven in die Luft, um damit ihrer Freude Ausdruck zu geben.

LEHMSTRASSEN ERRICHTET

Die technische Truppe der Armee hat zum Zwecke des geordneten Rückzuges im Rahmen des Entflechtungsabkommens mehrere Lehmwege zu den Brükken am Suez-Kanal angelegt, da die bestehenden Asphaltstrassen dem grossen Verkehr nicht gewachsen waren.

Die Militärpolizei nimmt an den Kreuzungen genaue Kontrollen aller vom Westufer kommenden Convois vor. Zahal-Patrouillen berichten von einer erhöhten Aktivität auf dem Gebiete der 3. ägyptischen Armee, wo verschiedene Einheiten sich zum Abzug vorbereiten.

Eine der Brücken, die die Technische Truppe mitten im Kri..e unter schweren Verlusten über den Kanal gebaut hatte, wurde bereits demontiert und ins Hinterland verfrachtet.

DAYAN AM SUEZ-WESTUFER

Verteidigungsminister Mosche Dayan besuchte gestern die von Zahal geräumten Gebiete am Westufer des Suezkanals, darunter Djebel Attaka. Ferner besuchte Dayan die neuen Zahallinien nördlich von d. Chaussee Suez—Kairo. In Dayans Begleitung befanden sich Aluf Kalman Magen, der Präsident des Weizmann-Instituts Prof. Israel Dostrowski, der Präsident der Tel Aviver Universität Prof. Yuval Neeman und Aluf d.R. Dan Tolkowski.

GRANATWERFER-FEUER AM GOLAN

(WT) — Im Abschnitt von Tel-Fares eröffneten die Syrer gestern mittags Granatwerferfeuer auf unsere Stellungen. Die Zahaltruppen erwiderten das Feuer und es entspann sich ein kurzes Feuergefecht. Unsere Truppen hatten bei diesem Zwischenfall keine Verluste.

Zusatzbudget von IL 11,3 Milliarden der Knesset unterbreitet

Sapir: KEINE NEUEN STEUERN IN AUSSICHT

Jerusalem (HM) — Finanzminister Sapir legte gestern der Knesset ein Zusatzbudget von IL 11,324 Millionen zur ersten Lesung vor. Der Finanzminister betonte, dass dieses Zusatzbudget, zusammen mit dem vorigen, nicht weniger als 60% des ursprünglichen Staatsbudgets ausmache. Zirka IL 9 Milliarden seien für Sicherheitszwecke bestimmt.

Vor dem Jom Kippur-Krieg stellte das Sicherheitsbudget nur 30% der Gesamtausgaben dar. Jetzt ist der Anteil der Sicherheits-Ausgaben bis auf 50% angestiegen.

Das Zusatzbudget, erklärte der Finanzminister, enthalte Ausgaben, die sich aus verschiedenen Zweigen der Bautätigkeit ergeben. Ausserden, sei in ihm ein Notstandsfonds inbegriffen, der auch Transportspesen enthalte.

Die Knesset wird heute über das vom Finanzminister eingebrachte Zusatzbudget eine Debatte abhalten.

Bei dieser Gelegenheit erklärte Finanzminister Sapir, es sei nicht beabsichtigt, der Oeffentlichkeit neue Steuern aufzuerlegen. Die einzige Ausnahme bilde die Mehrwertsteuer, deren Einführung schon vor längerer Zeit geplant worden sei. Gleichzeitig sagte Sapir, er könne vorläufig den Zeitpunkt der Einführung der Mehrwertsteuer noch nicht nennen.

Als Gegengewicht zur Mehrwertsteuer plant der Fiskus bereits seit Monaten weitgehende Erleichterungen in der Einkommensteuer. Sapir deutete jedoch auch an, dass er beabsichtige, gewisse Ungerechtigkeiten, von denen ein Teil der Steuerzahler profitiert, abzuschaffen. Gemeint waren damit die gegenwärtig abschreibbaren Geschäftsausgaben für Dienstfahrten, Hotel- und Restaurantrechnungen. Es ist längst in Wirtschaftskreisen in Jerusalem kein Geheimnis, dass Finanzminister Sapir eine tiefgreifende Reform des bestehenden Einkommensteuersystems anstrebt, in deren Rahmen auch Geschäftsausgaben in steuerpflichtiges Einkommen inbegriffen sein werden. Andererseits sollen die Steuersätze, die an Hand des Einkommens berechnet werden, radikal vermindert werden.

In der gestrigen Knessetsitzung brachte der Vertreter der Moked-Fraktion einen Tagesordnungsantrag ein, eine dringende Debatte über den „Krieg der Generäle" im Plenum abzuhalten. Tagesordnungsanträge für Debatten über die Kürzung der Subsidien und die sich daraus ergebenden Preissteigerungen, sowie über die Verdoppelung des Strompreises wurden von einigen Links-Fraktionen eingebracht.

«Al Hayat» kündigt Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel an

Moskau wird auch Alija nach Israel verstaerken

Beirut (UPI) — Die Sowjetunion wird ihre diplomatischen Beziehungen mit Israel nach dem Vollzug einer Truppenentflechtung zwischen Syrien und Israel am Golan wiederaufnehmen, berichtet der Beiruter „Al Hayat" unter Berufung auf „hohe arabische Beamten".

Derselben Nachricht zufolge wird die Sowjetunion dann auch eine verstärkte Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel verkünden. Israel, die USA und die UdSSR werden einen Vertrag unterzeichnen, der Israels Sicherheit gewährleistet.

Ferner berichtet „Al Hayat", dass arabische Beamten die Befürchtung hegen, die Sowjetunion werde infolge dieser Massnahmen die Waffenlieferungen an die Araber einstellen.

ARABER BEREITEN NEUE GIPFEL-KONFERENZ VOR

Damaskus (AFP) — Der Ausschuss, der die nächste arabische Gipfelkonferenz vorbereiten soll, ist gestern unter dem Vorsitz des Liga-Sekretärs M. Riad in Kairo zusammengetreten, berichtet die syrische Presseagentur.

Dieser Nachricht zufolge sollen demnächst die arabischen Verteidigungsminister zusammentreten, um zu prüfen, in welchem Masse die Beschlüsse der letzten Gipfelkonferenz durchgeführt wurden. Am 12. Februar werden die arabischen Wirtschaftsminister zu Gesprächen über wirtschaftliche Probleme zusammentreten.

ARABISCHE ERPRESSUNGSVERSUCHE DAUERN AN

Bridgetown (AFP) — Die arabischen Oelstaaten üben Druck auf Guayana, Barbados und Jamaica aus, um sie zum Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen mit Israel zu bewegen. Als Preis dafür versprachen die Araber den drei karibischen Staaten ausreichende Oelversorgung.

Die Ministerpräsidenten der drei Staaten berieten am Sonntag über die Forderung und ein offizieller Sprecher von Barbados erklärte nachher, dass seine Regierung keine Absicht habe die Beziehungen zu Israel zu ändern.

Gerüchte über Aussicht auf Kompromiss mit RNP

Unbestätigten Gerüchten zufolge ist ein Kompromiss mit der RNP in Sicht, der die Bildung einer Koalitionsregierung in bisheriger Zusammensetzung ermöglichen soll, ohne dass die RNP auf der ultimativen Forderung verharren würde, die Bestimmungen über „Wer ist Jude" zu ändern.

Diesen Gerüchten zufolge beabsichtigt der Maarach der RNP das Erziehungsministerium anzuvertrauen. In Kreisen der RNP erblickt man darin einen ausreichenden Ausgleich für eine Kompromissbereitschaft in der Frage der Konversionen nach der Halacha.

In der Zwischenzeit geht der Streit innerhalb der RNP rund um die Annullierung bestehender Koalitionsabkommen in verschiedenen Kommunalverwaltungen weiter. Innenminister Dr. Josef Burg übt scharfen Druck auf die RNP-Funktionäre in Bat Jam aus, von dem Abkommen mit Likud Abstand zu nehmen und ein solches mit dem Maarach abzuschliessen, weil dies den Anschluss der RNP an 35 munizipale Koalitionen zur Folge haben würde. Die lokalen Funktionäre widersetzen sich diesem Druck ihrer Parteizentrale, doch sind auch dort die Meinungen geteilt.

Histadrut:
Teuerungs-Entschaedigung zu gering

Der amtierende Generalsekretär der Histadrut, Jerucham Meschel, erklärte gestern abend in einer Sitzung des Zentralrates der Histadrut, dass die von der Regierung vorgeschlagene Entschädigung für die durch die Subsidienkürzungen eingetretene Verteuerung nicht ausreicht und höhere Ausgleichssummen gezahlt werden müssen.

Meschel forderte zugleich Kinderzulagen für das dritte Kind und beklagte die Tatsache, dass die Histadrut von der Regierung vor dem Beschluss über die Subsidienkürzung nicht befragt worden war.

Vertreter verschiedener Arbeiterräte kamen zur Sitzung des Zentralrates und protestierten entschieden gegen die Verteuerungen. Sie forderten von d. Histadrut energische Massnahmen zur Sicherstellung eines ausreichenden Ausgleichsfonds.

Russische Versuche mit neuen Raketen

Washington (UPI) — Die So...etunion hat am Freitag und ...mstag eine neue interkonti...ntale ballistische Rakete mit ...eilten Sprengköpfen ausspro...rt, gab gestern der Sprecher ...s Pentagon Jerry Friedheim ...kannt.

Die Rakete der Type SS-19 ... eine von vier neuen interkon...entalen Raketen mit geteilten Sprengköpfen, die die Sowjetunion letztens entwickelt hatte und die im Pentagon Besorgnis erregen.

Die sowjetischen Versuche fanden in einer Entfernung von 4500 Meilen aus dem Versuchsgebiet im Pazifik statt. Es ist nicht bekannt, wieviel Sprengköpfe jede Rakete enthält.

BLICK in die WELT

● Das Volkswagenwerk hat ... Arbeit von 15.000 Arbeitern ... die Dauer von zwei Wo...n infolge von Verkaufsstok...ngen eingestellt. Die „Merce... Benz"-Werke haben bereits ...lassungen von Arbeitern an...ündigt und „Opel", „Por...e" und „BMW" wollen im ...hsten Monat die Arbeit vor...rgehend einstellen, was ...000 Arbeiter arbeitslos ma...n wird.

● Die Führer von 20 kom...nistischen Parteien in West...opa trafen sich in Brüssel ... Formulierung einer gemein...en Erklärung über die Stei...ung des kommunistischen Ein...ses in einer Zeit zunehmen... wirtschaftlicher Unsicherheit.

● Zum vierten Male innerhalb weniger Tage wurde die Stadt Pnom Penh von den kommunistischen Rebellen angegriffen. Beim gestrigen Angriff wurden 89 Personen getötet und 220 verwundet.

DOLLARKURS IN EUROPA GEFALLEN

Paris (R, UPI) — Der Dollarkurs fiel gestern auf allen europäischen Finanzmärkten. In Frankreich erholte sich der Franc von 5.23 auf 5.21 und die D-Mark wurde mit 2.81 gegenüber 2.83 am Freitag gehandelt. In der Schweiz fiel der Dollar von 3.37 auf 3.34 Franken.

OPEC-Experten beraten über Oelpreis—Stabilisierung

Arabische Oelstaaten lehnen Aufhebung des Embargos gegen USA ab

Wien (AFP, UPI, R) — Finanzexperten der Organisation Oelproduzierenden Staaten (OPEC) leiteten gestern Beratungen über eine langfristige Preispolitik ein, doch einer der führenden OPEC-Beamten erklärte, man plane nicht eine Herabsetzung des gegenwärtigen Oelpreises.

Zu Beginn der Tagung gab es Meinungsverschiedenheiten unter den OPEC-Staaten, insbesondere angesichts der saudischen Erklärung über eine gewisse Herabsetzung der Oelpreise. Der OPEC-Sprecher in Wien erklärte, die Mitgliedstaaten wollen keine Spannungen in der Wirtschaft der westlichen Staaten auslösen und sie prüfen die Möglichkeit der Koppelung der Oelpreise an die der Industrieprodukte. Die Konferenz dürfte fünf Tage dauern.

Der saudische Oelminister Jamani warnte Japan und andere Staaten nicht mit den USA eine Front gegen die Ölproduzenten zu bilden, sondern ihre Interessen in bilateralen Verträgen mit den produzierenden Staaten zu sichern. Seiner Ansicht nach entspricht der jetzige Oelpreis seinem effektiven Wert, aber angesichts des Einflusses auf die Zahlungsbilanz gewisser Länder ist Saudien zu gewissen Opfern bereit.

Der persische Finanzminister sprach sich für eine Einfrierung der Oelpreise bis April aus.

In Beirut forderte die Zeitung „Al Mucharar" die arabische Staaten zur Verstaatlichung der Oelgesellschaften auf.

Der deutsche Wirtschaftsminister Friederich kehrte gestern aus Sankt Moritz zurück, wo er zwei Tage mit dem Schah von Persien und seinen Ministern über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten beriet.

Der EG-Kommissar für Energiefragen forderte gestern eine Erhöhung der Kohlenpreise, um die Grubenwirtschaft zu entwickeln und rentabler zu gestalten.

KEINE LOCKERUNG DES ARABISCHEN EMBARGOS

Beirut (UPI) — Die arabischen Oelminister, die am 4. Februar in Tripolis zusammenkommen werden, dürften die Forderung des Präsidenten Sadat auf Aufhebung des Oelembargos gegen die USA ablehnen, aber zugleich die Möglichkeit einer Steigerung der Produktion und Belieferung der übrigen Welt erwägen, verlautet aus arabischen diplomatischen Kreisen in Beirut.

Dieser Quelle zufolge wurde Sadats Wunsch fast einhellig abgewiesen, weil in dem Entflechtungsabkommen noch kein ausreichender Fortschritt in Richtung des arabischen Endzieles, des totalen israelischen Rückzuges, zu erblicken ist.

JAMANI GEGEN IWF-VORSCHLAEGE

Tokio (UPI) — Der saudische Oelminister Achmed Saki Jamani lehnte den Vorschlag des Internationalen Währungsfonds (IWF) ab, demzufolge dieser die Dollar-Ueberschüsse der Ölstaaten verwalten solle. Jamani stellte fest, dass die Geldgebahrung das ausschliessliche Recht der arabischen Oestaaten bleiben müsse und diese keineswegs die Absicht haben das internationale monetäre System zu erschüttern.

● Die Staatsanwaltschaft in Marokko beantragte für alle Angeklagten wegen versuchten Umsturzes die Todesstrafe.

VERLETZTE UND VERHAFTETE BEI „PANTHER"-DEMONSTRATION

Zwei Polizeioffiziere wurden gestern bei einer Demonstration „Schwarzer Panther" gegen die Subsidienkürzungen und Preiserhöhungen beim Zentralen Autobusbahnhof in Tel Aviv durch Stockschläge auf ihre Häupter verletzt. Neun Demonstranten, darunter ihr Führer Schalom Cohen, wurden verhaftet.

Die Demonstration fand unter der Parole „Sie essen Kuchen und uns füttert man mit trokkenem Brot" statt. 30 Polizisten und Angeheörige der Grenzpolizei mussten einschreiten, um die illegale Demonstration aufzulösen, wobei es zu Handgemenge und Gewalttätigkeit kam.

Die Polizei musste einschreiten, nachdem die Demonstranten den Verkehr beim Autobusbahnhof blockierten und die Aufforderung der Polizeibeamten ignorierten, sich freiwillig aufzulösen. Die Polizisten hatten nach der Auflösung der Demonstration noch lange zu tun, um den Verkehr wieder flüssig zu machen.

Sprecher der „Schwarzen Panther" beschuldigten die Grenzpolizei, beim Einsatz gegen die Demonstranten Stöcke und Tränengas angewendet zu haben. Ferner soll eine schwangere Frau misshandelt worden sein. Einige Demonstranten wurden angeblich verletzt und privat von Aerzten behandelt.

DAS WETTER

Heute teilweise bewölkt, bei vereinzelten Regenfällen. Morgen Wiederaufnahme der Regenfälle.

Temperaturen — Jerusalem 6—11, Tel Aviv 8—17, Haifa 9—17, Safed 2—7 Beer Schewa 7—16, Ejlat 8—20 Grad.

Montag, 28.1

... randalieren im ...
... werk des Waad Hap...

Starke Nachfrage nach indexgeb... Wertpapieren an der Bo...

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

هكذا من الأصل

aus Israels PRESSE

SUBSIDIEN UND PREISE

Die Kürzung der Subsidien und die Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln stehen im Mittelpunkt der Leitartikel der Morgenzeitungen.

Davar zählt die Bedingungen auf, die es ermöglichen die durch die Subsidienkürzungen verursachten Preiserhöhungen hinzunehmen: In erster Reihe gilt es eine Schädigung der sozial schwachen Schichten zu vermeiden, der kinderreichen Familien, der Pensionäre und der Empfänger von Sozialhilfe; der Missbrauch dieser Preiserhöhungen durch Produzenten und Händler muss verhindert werden; die Arbeitnehmer sind durch eine sofortige Teuerungszulage zu entschädigen. Das Blatt bejaht die Notwendigkeit den Gürtelriemen enger zu schnallen und stellt fest, dass die Subsidienkürzungen nicht der letzte Schritt in dieser Richtung sind.

Al Hamischmar findet die Preiserhöhungen zu weitgehend, wodurch die ohnehin schwere wirtschaftliche Lage noch mehr verschärft wird. Die vorgeschlagenen Entschädigungszahlungen sind keine ausreichende Antwort auf die sofortigen Preissteigerungen und solche, die noch kommen werden. Das Blatt übt Kritik an dem Umstand, dass man die Histadrut an den Beratungen über die Annullierung der Subsidien nicht mitbeteiligt hat und meint, man hätte sich mit einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 30 Prozent begnügen können.

Hazofe fragt, ob der Preis der Subsidienkürzungen infolge der zu erwartenden wirtschaftlichen Erschütterungen nicht zu hoch sein wird. Die Zeitung befürchtet eine ernste Zuspitzung der Lage auf dem Gebiete der Löhne und der Arbeitsbeziehungen. Auch die Zeitwahl für diesen Beschluss war nicht besonders gelungen.

Hamodia äussert gleichfalls seine Zweifel und verdächtigt das Finanzministerium, die Notstandslage im Staate zu nützen, um neue Tatsachen im Wirtschaftsleben zu schaffen, ohne das Risiko einer scharfen Reaktion der Oeffentlichkeit einzugehen, die mit anderen Dingen beschäftigt ist. Der Bürger würde die Notwendigkeit von Einsparungen mit grösserem Verständnis entgegennehmen, wenn auch der Staat in den eigenen Ausgaben sparen würde.

Omer hofft, dass die Regierung es verstehen wird entsprechende Kontrollen auszuüben und es zu verhindern, dass verschiedene Produzenten die Gelegenheit nützen, um ungerechtfertigte Preiserhöhungen vorzunehmen.

DIE BONDS-KONFERENZ

Jerusalem Post nimmt die Bonds-Konferenz zum Anlass einer Würdigung der Bedeutung der Bonds, die gegenwärtig fast die einzige Quelle für Mittel zur Entwicklung Israels darstellen.

JOBERT IN SAUDIEN

Schaarim sieht einen Zusammenhang zwischen den Besuchen des französischen Aussenministers Jobert, sowie britischer und japanischer Persönlichkeiten in Saudien und in Kuweit und den wirtschaftlichen Bedürfnissen dieser Staaten. Der Wettlauf um die Gunst der arabischen Staaten ist darauf zurückzuführen, dass die europäischen Industriestaaten keine eigenen Energiequellen besitzen und ihre Industrien nicht ohne die arabischen Oelfelder erhalten können.

UL UND RNP

Haarez fordert die Unabhängigen Liberalen und die Bürgerrechtsliste zur Schaffung eines parlamentarischen Blocks auf und meint, dass dies in erster Reihe dazu beitragen würde, die Kapitulation vor der RNP zu verhindern. Ein gemeinsamer Block würde die beiden Fraktionen in eine bedeutende politischen Kraft verwandeln, die zwei Portefeuilles in der kommenden Regierung verlangen könnte.

TEUERUNGSWELLE GREIFT AUF WEITERE ZWEIGE UEBER

Eine neue Welle der Verteuerungen ist in den kommenden Tagen zu erwarten, wenn sich die Einschränkung der Subsidien auf die wichtigen Lebensmittel auswirken wird. So fordert schon jetzt der Kaufleuteverband die Erlaubnis für eine Erhöhung in d. Kaffeehäusern und Restaurationen um 15—20%. In vielen Zweigen, besonders in der Lebensmittelbranche, wird das Ausmass der Verteuerung höher sein; wenn der Bestandteil des Erzeugnisses an verteuerten Grundstoffen hoch ist, wie Mehl, Zucker, Eier oder Oel bei Konditoreiwaren oder Schokolade und auch, weil man bei dieser Gelegenheit auch andere Erhöhungen einkalkulieren wird, wie den Treibstoff der Maschinen, elektrischen Strom oder Wasser.

Nach der Erhöhung der Erdölpreise am Anfang des Monats wurde den Erzeugern eine Erhöhung von 2% zugebilligt, jedoch die Erzeuger, bei deren Produktion diese Elemente eine grössere Rolle spielen, erhielten das Recht, um noch höhere Preise anzusuchen. Jetzt nimmt man an, dass die Gelegenheit am Schopfe gepackt werden wird, um jene gesetzlichen Beschränkungen aufzuwägen.

In den letzten Tagen erhöhte sich in den Läden im ganzen Lande die Nachfrage nach jenen Artikeln, von denen das Gerücht umging, dass sie durch die Streichung der Subsidien im Preise erhöht werden, und viele Hausfrauen konnten gestern nach Veröffentlichung der neuen Verfügungen ihre „Gewinne" zusammenrechnen.

Die Wirtschaftsexperten der Regierung haben errechnet, dass die Verteuerung durch die letzten Erhöhungen für eine vierköpfige Familie 50 Pfund im Monat ausmachen werde, und deshalb haben sie eine Erhöhung des Teuerungsindex um maximum 28 Pfund vorgeschlagen. Schon jetzt ist es klar, dass die Verteuerung viel höher sein wird, als angenommen wurde, und deshalb ist schon jetzt mit einer weiteren Teuerungszulage während des laufenden Jahres zu rechnen. Alle Betriebe, die Zucker und Fette und dgl. zur Erzeugung von Schokolade, Konfekt, Konditoreiwaren und Biscuits u. ähnl. verwenden, müssen sich gesondert an das Handels- und Industrieministerium wenden, um das Ausmass der Preiserhö gen für ihre Erzeugnisse zu stimmen. Die Preiserhö darf nicht berechnet werde lange diese Bestimmung erfolgt ist.

Die Altersrente für ein wird 408 Pfund betragen genüber IL 383 im Januar IL 232 im April des Vo res. Autobusfahrten sollen Februar dieses Jahres um erhöht werden, wogegen je die Kooperativen aufbege weil sie behaupten, dass Selbstkosten bedeutend gestiegen sind. Um die ge ten höheren Ermässigungen Dauerkarten aufzuwiegen, die Erhöhung der einz Fahrkarte bedeutend gr sein.

ISRAELISCH-DEUTSCHER JUGEND-AUSTAUSCH

Der Gemischte Fachausschuss für den deutsch-israelischen Jugendaustausch kam am 23. und 24. Januar 1974 in Tel-Aviv zu seiner zweiten ordentlichen Sitzung zusammen. Die deutsche Delegation wurde geleitet von Herrn Otto Fichtner, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, die israelische Delegation von Herrn Adi Amorai, Mitglied der Knesset und Vorsitzender des Israelischen Oeffentlichen Rates für Internationalen Jugendaustausch.

Es wurden besprochen in zwei Arbeitsgruppen:

a) die für 1974 geplanten Projekte für Jugendbegegnungen in Israel und in der Bundesrepublik Deutschland;

b) gemeinsame Leitsätze für die Durchführung und Förderung des deutsch-israelischen Jugendaustausches.

Diese Leitsätze werden nunmehr in Israel und in der Bundesrepublik Deutschland mit den Regierungen abgestimmt und sollen in der nächsten Sitzung endgültig verabschiedet werden.

Die Besprechungen verliefen in einer sehr harmonischen Atmosphäre. Ihre Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, die der Begegnung junger Israelis und junger Deutscher erst recht jetzt zukommt, und das Bemühen beider Staaten, diesen Jugendaustausch im bisherigen Umfang weiterzufördern.

Die israelische Delegation sprach ihren Dank und ihre Anerkennung den Teilnehmern der Solidaritätsdelegation aus der Bundesrepublik Deutschland aus, die nach dem Ende des Oktoberkrieges Israel besuchten.

Neue Wirtschaftspolitik wird fuer Israel vorbereitet

(bi) — Fieberhafte Beratungen, die letzthin in Jerusalem zwischen dem Finanzminister, dem Minister für Handel und Industrie und dem Gouverneur der Staatsbank, sowie Wirtschaftsexperten und Professoren stattfinden, beweisen, wie immer klarer wird, dass Bemühungen im Gange sind, für Israel eine neue Wirtschaftspolitik festzulegen. Es kann nicht bezweifelt werden, dass die rund zwanzig Milliarden Israelpfunde, die der Jom Kippur-Krieg insgesamt gekostet hat, ein völliges Umdenken der israelischen Wirtschaftsplanung für das bevorstehende Finanzjahr, das am 1. April beginnt, erfordern.

Rein finanziell ist der grösste Teil dieser Summe eingebracht: die israelische Bevölkerung hat durch freiwillige Kriegsanleihen zwei Milliarden gegeben, zwei weitere Milliarden werden durch die Zwangsanleihe eingehen, die bereits gezahlt wird. Fünf Milliarden sollen durch die amerikanischen Juden im Laufe der nächsten beiden Jahre aufgebracht werden. Sieben bis acht Milliarden werden durch die Vereinigten Staaten gedeckt, die Waffen liefern, ohne dass Israel, zum ersten Male in seiner Geschichte, diese Waffen zu bezahlen hat. Damit sind sechzehn bis siebzehn Milliarden Israelpfunde wieder eingebracht und es kann nicht bezweifelt werden, dass der Rest durch Bondsverkäufe, Spenden aus anderen Ländern und in Israel gedeckt werden wird.

Der 59j. Mordechai Cohen aus Jerusalem kam gestern ums Leben, als er auf dem Kastel-Abhang die Kontrolle über sein Lastauto verlor und 13 Meter tief herabstürzte.

ISRAEL-TAG IN DER AEGYPTISCHEN PRESSE

Drei israelische Themen beherrchten gestern das ägyptische Nachrichtenwesen: Die Räumung von ägyptischen Gebieten durch die israelische Armee, der Streit von Aluf Arik Scharon und die um sich greifende Teuerung in Israel. Zum ersten Thema schreibt die ägyptische Presse, dass Israel nun wird einsehen müssen, man könne sich nicht auf Kosten arabischer Gebiete ausbreiten; die Angelegenheit Scharon wird ohne weiteres Kommentar etwa unter der Devise behandelt, „seht ihr, wir haben es gleich gesagt"; die Teuerung in Israel wird kommentiert, dass diese eine der Enthüllungen sei, unter denen Israel als Folge der Schäden, die ihm im „Oktober-Krieg zugefügt worden sind," zu leiden habe.

MORATORIUM MUSS SCHNELLSTENS AUFHOEREN

Scharfer Kritik war soeben in israelischen Wirtschaftskreisen die letzte Reihe von Massnahmen, zugunsten weitgehenden Moratoriums für in Uniform stehende Schuldner, unterworfen worden. Man wies darauf hin, dass zwar unzweifelhaft etwas geschehen müsse, um kleinen Selbständigen, deren Betrieb durch die Abwesenheit des Hauptarbeiters, nämlich des Besitzers, entweder ganz geschlossen werden musste, oder nur mit einem Bruchteil des üblichen Umsatzes arbeiten konnte, zu helfen, dass aber im grossen und ganzen übertrieben worden sei, da man auch solchen Verdienenden, die ihren Verpflichtungen ganz ruhig auch in der augenblicklichen Situation nachkommen konnten, hier Brücken gebaut wurden, die auf Kosten der Allgemeinheit und der Wirtschaftsentwicklung gehen.

Die letzten politischen Entwicklungen allerdings dürften wohl, so meinen die Wirtschaftskreise, dazu führen, dass der grösste Teil dieser Ernährer nach Hause kommen können und dann würde sich die gesamte Entwicklung wieder in normalen Geleisen einlaufen.

UNSER KURZES KOMMENTAR ZUM AKTUELLEN GESCHEHEN

MIT IL. 28.— MEHR

Wenn dreihunderttausend Verdiener in Israel monatlich IL 28.— als eine besondere Teuerungszulage für die Aufhebung der staatlichen Subsidien für das, was man bei uns die „Grundlebensmittel" nennt erhalten, heisst das ganz einfach, dass der Staat die Subsidien, welche er bisher gezahlt hat, dem Volke auferlegt hat. Natürlich, die Summe von IL 28.— kann in garkeiner Weise als wirkliche Entschädigung für die durch die Subsidienaufhebung eingetretene erhebliche Verteuerung gewertet werden. Die Berechnungen der Experten — u. das sind in diesem Falle die Hausfrauen — ergeben, dass eine durchschnittliche israelische Familie mit vier Personen nunmehr zwischen IL 100 und IL 130 monatlich mehr auszugeben hat.

Das war ja auch von der Regierung her so beabsichtigt. Alle Mittel sind zur Zeit recht, um den Israeli dazu zu zwingen, den Gürtel immer enger zu schnallen. Es gibt eine Menge Gründe dafür, die man einsehen kann, die bestechend klingen und auch vernünftige Basis aufweisen. Es sei jedoch hier zumindest vermerkt, dass es ebensoviele Gründe auch dagegen gibt, die ebenso bestechend klingen, eine ebenso vernünftige Basis aufweisen, die man ebenfalls durchaus einzusehen vermag. Es hat vieles für sich Bescheidenheit, Einschränkungen zu praktizieren. Wenn man das aber übertreibt bricht alles zusammen, was Geschäft, Handel, Ein- und Ausfuhr bedeutet. Das Kinde mit dem Bade auszuschütten, hat nicht viel Sinn, nicht wahr? Die Gefahr aber besteht zur Zeit in sehr weitem Masse.

Ausserordentlich einleuchtend klingen dann einige Parolen, die sich die verantwortlichen Persönlichkeiten festgelegt haben, um das Volk zu überzeugen, wie recht sie doch haben. „Die Subsidien waren nicht gerecht, denn sie halfen ja nicht nur den Armen, sondern sie unterstützten auch die Reichen, die das Ganze garnicht benötigten", hören wir heute. Will man uns wirklich einreden, dass Subsidien nur deshalb gezahlt wurden, weil man sozial sein wollte? Die Ungerechtigkeit bleibt auch weiterhin bestehen. Der Reiche mag über die IL 28.— lachen, die er als Entschädigung für Fünffache, das er nun aufzuwenden hat, beke Der Arme wird garnicht la für ihn sind diese IL 28 Augenauswischerei.

Vielleicht geht es wi nicht anders. Vielleicht n man diese Massnahmen lich treffen, obwohl der wöhnliche Durchschnittsb heute, nach all seinen E rungen, zu oft das C hat, das alles geschehe mehr, weil seine Führer ih ziehen wollen, als aus wirtschaftlichen Erwägu Aber, wie gesagt, es mag dass ein anderer Auswe diesem Augenblick nicht handen war, oder, dass nichts besseres einfiel.

Dann aber mögen jene oben gefälligst vermeiden rolen zu erfinden die einl tend klingen sollen und man die Hohlheit ihres echten Klanges sofort anr Das Sowohl genügt durc Das Als — auch ist b überflüssig. M.

Neueste FILME

AUS DEM HERZLIA-STUDIO

Margot Klausner, die unermüdliche Pionierin des israelischen Films, führte in diesen Tagen in einem privaten Kreis zwei neue Film-Produktionen vor, die demnächst auch zur öffentlichen Aufführung hier im Lande kommen, nachdem sie in ausländischen Televisionstationen schon gezeigt worden sind.

Einer dieser Filme ist „Prinzessin Sabbath", doch nur der Name klingt an das berühmte Gedicht von Heine an. Das Filmscript ist noch von dem unvergessenen Habimah-Schauspieler Schraga Friedman geschrieben, der einer der besten Kenner der jüdischen Folklore war. Diesmal hat er drei Erzählungen von Bialik, J.L. Peretz und Agnon ausgewählt und mit einer Rahmenhandlung verknüpft. Im Grunde ist es aber kaum eine Spiel-Handlung, sondern mehr Szenen und Bilder aus dem ostjüdischen Leben in Polen, aus der Welt der Chassidim. Ein junger Israeli (Oded Teomi) wird in ein kleines jiddisches Städtl verschlagen, nimmt am Gottesdienst der Kehillah teil, wird ins Haus des Gabbei zum Shabbath-Mahl eingeladen, das festlich bereitet ist, mit Gebeten und Gesängen die Familie erwartet. Schmuel Rodensky ist der glückliche Hausherr, doch plötzlich wird die Festesfreude durch einen Steinwurf durchs Fenster getrübt, das Mahl ist vernichtet... es gibt kein reines Glück in der von Feinden bedrängten Galuth.

Der junge Israeli forscht weiter in der Stadt, er sieht die einsame alte Witwe (Hanna Rowina) die Kerzen anzünden, ein Mahl hat sie nicht, denn sie ist arm, doch heimlich bringen ihr die Nachbarinnen Challah und Wein und was noch nötig ist. Ihr Gottvertrauen hat sie nicht enttäuscht.

Und wieder ein anderes Stimmungsbild: der junge Fremde aus Israel trifft Kinder am Brunnen, ein fröhlicher Tanz beginnt. Der Schluss des Films ist deutlich Chagall nachgebildet. Menschen fliegen urplötzlich durch die Luft, eine Flamme läuft den Betenden voran. Stimmungsvolle Farben sichern eine starke Bildwirkung.

In dem von dem jungen israelischen eRgisseur Ilan Eldad inszenierten Film sieht man ausser den genannten Schauspielern auch Mike Burstein, Aharon Meskin, Raphael Klatzkin, Schmuel Segal, fast die ganze Galerie der bekannten israelischen Bühnenschauspieler wirkt mit. Das Philharmonische Orchester spielt die musikalische Begleitung, die vorwiegend auf jüdischen Niggunim beruht.

Kein Wunder, dass dieser Film auf europäischen Televisionsstationen einen ob seiner Fremdartigkeit bemerkenswerten Erfolg hatte. Für uns hier in Israel ist er kaum weniger fremdartig als der Habimah-Dybbuk und die anderen ersten Stücke der Habimah-Ghetto-Periode.

Der zweite Film, auch er von Ilan Eldad inszeniert, ist ein Ballet-Film „Jazz Plus", keine Handlung, aber Bewegungsstudien. Junge, schöne orientalische Mädchen tanzen erst solo, dann zu zweien, zu dreien, kräftige virile Tänzer schliessen sich ihnen an. Das Thema ist Israel-Landschaft und Israel-Tanz; am lustigsten wirkt eine Szene, in der drei befrackte Herren den Tanz der kleinen Schwäne aus Tschaikovskys Ballet vorführen. Hier ist der Tanzregie ein echter Einfall gekommen; der Rest ist mehr lyrisch-romantisch und ein Tanz der ganzen Gruppe beschliesst Horra-artig den Film. E.B.

MITTEILUNG AN DIE ABONNENTEN DES PHILATELISTENDIENSTES

Wegen der zeitbedingten Umstaende wird ein Teil der Abonnenten die Zahlungsaufforderung für den Katalog verspaetet erhalten.

Der letzte Termin zur Annahme der Zahlung für den Katalog wird daher auf den **10.2.1974** verlegt, anstatt 30.1.1974, wie in der Zahlungsaufforderung angegeben.

Dienstag, 29.1.1974

GREIFT AUF
E UEBER

UNSER KURZES KOMMENTAR ZUM AKTUELLEN GESCHEHEN

MIT IL. 28.— MEHR

klein ANZEI

Dem neuen Finanzjahr entgegen: Einkommensteuer-Reform ab April 1974

Von AWIGDOR YESHA

Vieles hat sich bei uns seit [de]m 6. Oktober des vergange[ne]n Jahres geändert. Es heisst [je]tzt „den Gürtel enger schnal[le]n". Man muss den Tatsachen [in] die Augen blicken. Die Trup[p]enentflechtung an der Süd[f]ront stellt nur den ersten Akt [de]r Tragödie unseres Landes [da]r. Weitere „Entflechtungen" werden folgen, Rückzüge und Verzichte. All dies wird wirtschaftliche Konsequenzen haben. Unsere Industrie und der Handel waren auf über vier Millionen Menschen eingestellt. Das Bauwesen war von arabischen Schwarzarbeitern abhängig. Sehr bald wird die Zeit kommen, da wir uns auf „eigene Arbeit" umstellen und auch auf die Belieferung von hunderttausenden Arabern verzichten werden müssen. Diese beiden „Tatsachen" werden ernste Rückwirkungen haben. Hinzu kommen die hohen Brennstoffpreise, die erhöhten Preise aller Importgüter und die verkleinerten Einnahmen aus Exporten, falls keine monetären Aenderungen in unserer Landeswährung eintreten sollen.

Leider ist dieses Bild unserer wirtschaftlichen Zukunft schwarz gezeichnet, aber es ist gesünder, realistisch die Dinge zu betrachten. Finanzminister Pinchas Sapir trifft bereits „realistische Vorbereitungen" und eines der ersten Opfer wird der „Kleine Mann" sein, der Arbeitnehmer, der heute bereits jede Agora zweimal umdrehen muss, bevor er beschliesst, ob er seinem Kind ein Paar Schuhe oder ein Kilogramm Fleisch kaufen soll.

Die Einkommensteuer soll ab 1. April 1974 „reformiert", den herrschenden Bedingungen angepasst werden. Die Reform sieht weitgehende Veränderungen der bisherigen Bestimmungen vor. Einerseits soll der Milwe Bitachon abgeschafft werden. Andererseits ist an die Besteuerung einiger Vergünstigungen gdacht, die indirekt bisher als unoffizielle Lohnverbesserungen aufgefasst gewesen waren. Lehrer, Ingenieure, Wissenschaftler, Ärzte und andere Berufsklassen, denen bisher eine gewisse Summe für „professionelle Literatur" zugestanden worden war, werden auf diese Zulage nicht verzichten, doch wird sie besteuert werden. Ausserdem soll eine Steuer auf die Ausgaben für Autos und auf Ausgaben sogenannter „Repräsentativ-Gelder" eingeführt werden. Der Bevollmächtigte für Staatseinnahmen, Mosche Neudorfer hat alle Vorbereitungen für die Einführung der Mehrwertsteuer getroffen, doch wird dieses Gesetz erst in einigen Monaten — wenn überhaupt — in Kraft treten können, da es die Knesset in drei Lesungen passieren muss. Danach müssen die administrativen Vorbereitungen für das Inkasso der Steuern getroffen werden. Im besten (oder ärgsten) Falle wird das Gesetz erst bei Jahresende in Kraft treten. Der Finanzminister hat jedoch keineswegs Zeit, so lange zu warten und dürfte in nächster Zeit ein Gesetz einführen, welches in allernächster Zeit alle Produkte und Dienste mit 15 Prozent besteuert. Dieses Gesetz wird von der Mehrwertsteuer abgelöst werden und mit deren Einführung erlöschen.

Während der Steuerzahler sieben Prozent seines Bruttoeinkommens durch die Aufhebung des Milwe Bitachon ab 1. April dieses Jahres ersparen wird, ist nicht nur die Besteuerung seiner Autoausgaben und seiner Fachliteratur-Zulage, sondern auch der Zulage für den Erholungsaufenthalt in seiner Urlaubszeit vorgesehen. Die „Reform" wird dem Kleinverdiener zugute kommen, der kein Auto besitzt, keine Fachliteratur-Zulage erhält und keine Repräsentationsgelder erhält. Der Staat wird durch diese Reform 500 Millionen IL aus den Einnahmen direkter Steuern verlieren.

Das Finanzministerium will den Bürger maximal mit 63 Prozent besteuern. Es gibt einen Punkt, der auf Widerstand der Histadrut und des Bürgers stossen dürfte: Die Besteuerung von Fahrspesen. Diese Steuer wird als ungerecht empfunden, da der Arbeitnehmer Gelder für Fahrten ausgibt und auf diese Ausgaben noch obendrein Steuern zahlen soll, wenn er gegen die Vorlage von Quittungen das Geld zurückerhalten will. Auch Ausgaben für Essen, die der Arbeitnehmer bei der Arbeit, insbesonders bei Aussenarbeiten hat, sollen besteuert werden. Wie wir erfahren, dürfte jedoch diese Besteuerung noch nicht am 1. April in Kraft treten.

Was die Zeichnung für die Zwangskriegsanleihe betrifft, soll diese bis März 1975 verlängert werden. Bis März des nächsten Jahres will das Finanzministerium die Summen dieser Anleihe eintreiben. Sie soll dem Fiscus eine Milliarde IL einbringen.

Moskaus Schweigen

Von INGE DEUTSCHKRON

In Moskau schweigt man verdächtig. Keine Kritik, kein Schimpfen an dem, was Henry Kissinger im Namen Amerikas im Nahen Osten vorerst zustande brachte. Man hat Grund zum Misstrauen — ähnlich wie bei Kindern, die wenn sie leise sind, meist etwas auf dem Kerbholz haben. Russland sieht einfach zu, wie Amerikas Name in der Achtung der Völker steigt, auch derer, denen die Gunst Moskaus über alles zu gehen schien? Das scheint unglaubhaft. Oder sollte der Profit, den Moskau aus den Veränderungen im Nahen Osten ziehen wird, die Russen so genügsam sein lassen, dass sie den Triumpf des Friedensbringers grosszügig den anderen überlassen?

Natürlich hat Henry Kissinger sie einbezogen, hat sie stets auf dem Laufenden gehalten und mit ihnen die Verantwortlichkeit für den Vertrag der Truppenentflechtung im Nahen Osten geteilt. Und ganz sicher wäre der Vertrag nie zustande gekommen, hätten die Russen eine derartige Entwicklung nicht gebilligt. Aber der Ruhm der Tat, der ist Henry Kissinger und Amerika gewiss. Es steht ausser Frage, dass uns die Verhandlungen leichter, ja sogar nur möglich wurden unter der Aegide des Amerikaners. Mag sein, dass der Araber Sadat ähnliche Gefühle hegte. Bei aller zur Schau getragenen Freundschaft für die Russen, die ihm nützlich waren, bleibt fraglos dem Muselmanen der sozialistische, die Religion und die Tradition verhöhnende Staat fremd. Eine erneute Annäherung an Amerika kommt Sadat nicht ungelegen, zumal es ihn aus der Einseitigkeit der Bindungen befreit. Und insoweit bleiben die Russen engagiert, dass sie die Bindung an Aegypten oder Aegyptens an sie auch durch das Mitspielen der Amerikaner in der arabischen Welt nicht verlieren.

Aber grösser als aller Einfluss wird der Profit für die Russen sein, der sich ihnen durch die Wiedereröffnung des Suez-Kanals bietet. Der Weg in den Indischen Ozean wird sich für sie um Tausende von Seemeilen verkürzen. Die Kontrolle des Persischen Golfes und damit der Oel-trächtigen Anrainer-Staaten ist gegeben. Für China und Amerika eine bedeutsame Veränderung auf der politischen Weltkarte. Zwar wird es wohl zwei Jahre dauern, bis der Kanal wieder befahrbar wird. Grosse Kriegsschiffe werden möglicherweise noch länger auf die Durchfahrt warten müssen. Sollte man gar auf Verbesserungen an der Konstruktion des Kanals sinnen, dürfte sich das alles noch mehr hinauszögern. Die Amerikaner waren sich dieser Veränderung im Weltbild zweifellos bewusst, als sie die Verhandlungen zu einem Vertrag, der auch zur Oeffnung des Kanals führen wird, initierten. Offenbar ist ihnen der Frieden im Nahen Osten wichtiger als die drohende Gefahr im Indischen Ozean, der sie vielleicht beizeiten zu begegnen hoffen. Tatsächlich plant das Pentagon, nun die Insel Diego Garcia, die zum Tschagos-Archipel im Indischen Ozean gehört, zum Superstützpunkt auszubauen. Ein Plan, der zweifellos der veränderten Situation Rechnung trägt. Bislang hatte man für diese Insel nur Verwendung als elektronische Zentrale und Nachrichten-Relais-Station. Nun dürfte sie als Luft- und Seebasis Bedeutung bekommen.

Und schon kündigt sich der Welt ein neuer Unruheherd an. Aber wer denkt schon so weit? Ganz offenbar die Russen, für die die Welt nur ein strategisches Spielfeld ist. Erst loteten sie ihre Möglichkeiten in Europa aus. Dort erlitten sie Schiffbruch, sonst hätte es dort nie eine Detente gegeben. Sie wandten sich dem Nahen Osten zu. Hier bot ihnen der schwelende Konflikt genügend Möglichkeiten — mal bessere, mal schlechtere. Und sie spielen auch weiter hier mit, wenn auch vielleicht zur Zeit bloss als passive Partner. Das grosse Ziel aber — die Herrschaft der Welt —, das lassen sie nie aus dem Auge.

Kurz notiert

SPARSAME GASTARBEITER

Die Gastarbeiter haben in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zwanzig Jahren (1954 bis 1973) rund 260 Milliarden Mark verdient. Davon flossen 52 Milliarden Mark auf Sparkonten im Bundesgebiet. Weitere 65 Milliarden Mark überwiesen die Gastarbeiter in ihr Heimatländer: nur 78 Milliarden haben sie in der Bundesrepublik selbst verbraucht. Die restlichen 65 Milliarden Mark gingen als Lohnsteuer an den Staat und als Beiträge an die Sozialversicherung.

✱

FUER DIE MAERKTE DER WELT

Dank der Exporterfolge der deutschen Wirtschaft auf den Märkten der Welt arbeitet in der Bundesrepublik Deutschland heute jeder sechste Erwerbstätige für die Ausfuhr. Sie erreichte im Jahr 1972 ein Volumen von 149 Milliarden Mark und ist 1973 weiter gestiegen. In den Bereichen Eisen- und Stahlindustrie sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau sind sogar mehr als 40 Prozent der Beschäftigten tätig.

★

Die „Iswestia" schrieb am Freitag, das Abkommen zwischen Israel und Aegypten habe nichts mit Politik oder mit der Endregelung des Nahost-Konfliktes zu tun. Es handelt sich ausschliesslich um einen militärischen Vertrag, der allerdings die Lage entspannen und zukünftige Zusammenstösse verhindern wird.

Ismail Fahmi, ägyptischer Aussenminister, erklärte in Moskau, die Sowjetunion trete für eine Truppenentflechtung zwischen Syrien und Israel ein, wonach Syrien der Genfer Konferenz beiwohnen wird.

★

SONDERREGELUNG FÜR SELBSTÄNDIGE UNTERNEHMER IM ARMEEDIENST

Die Kupat Cholim hat eine Sonderregelung für Selbständige Unternehmer im Armeedienst getroffen, die für IL 35 im Monat alle Dienste der Kupat Cholim der Histadrut in Anspruch nehmen können, ohne der Histadrut als Mitglieder anzugehören.

Bei dieser Regelung handelt es sich um etwa tausend Familien, deren Familienoberhaupt mobilisiert ist und dessen Familie keiner Krankenkasse angehört. Die Armee wird alle Reservisten von dieser Regelung in Kenntnis setzen. Jeder Reservesoldat wird bei seiner nächsten Soldauszahlung einen Koupon erhalten, mit dem seine Frau zur Kupat Cholim geben, die Summe von IL 35 bezahlen und ein Mitgliedsbuch erhalten kann, welches ihr für die Dauer eines Monats ambulatorische Behandlung einräumt. Die Frau muss auch vom Kzin Ha-Ir eine Bestätigung beibringen.

„Nur aus humanen Beweggründen haben wir dieser Regelung zugewilligt", sagte ein Kupat Cholim Sprecher. Die Krankenkasse war einem Ersuchen der Armee nachgekommen.

Aegypten richtet sich auf Friedensentwicklung ein

Auf die Konzessionen im Abkommen ist die Oeffentlichkeit vorbereitet,

schreibt in der FAZ: Thankmar von Münchausen

Die Händler im Khan Khalili, dem Kairoer Touristenbasar, gehen mit ihren Preisen nur noch äusserst widerwillig herunter. Offenbar liegt ihnen nur wenig daran, bei begehrten Stücken einen Verkauf zu tätigen: die Händler warten auf den Frieden und auf neue Ströme von Reisenden, die Geld ins Land bringen.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens über die Truppentrennung an der Suez-Front am letzten Freitag spriessen die Hoffnungen der Ägypter auf gedeihliche Entwicklung des Landes und Wohlstand für das Volk kräftiger denn je. Präsident Sadat wies seinen Minister für Wiederaufbau an, mit den Vorarbeiten für die Neubelebung der Geisterstädte am Suezkanal und die Entwicklung der Sinai-Halbinsel zu beginnen; Architekten und Ingenieure wurden nach Ismailia und Port Said geschickt: Verhandlungen mit Firmen sind im Gang. Der Name des Aufbauministers, der das Amt nach dem jüngsten Krieg übernommen hatte, ist bereits ein Programm: Osman Ahmed Osman, der grösste Bauunternehmer des Landes, ist der Antityp bürokratischen Schlendrians. Die Regierungsumbildung, mit der am kommenden Wochenende gerechnet wird, soll die Hinwendung zu den Werken des Friedens besiegeln.

Bei aller Befriedigung über das Ergebnis der Gespräche in Assuan und Jerusalem fehlt der Ueberschwang, der nur zu leicht in Enttäuschung umschlägt. Alle Welt in Kairo ist sich darüber einig, dass das Abkommen über die Truppentrennung ein Erfolg für Aussenminister Kissinger ist. Der amerikanische Friedensbringer dürfte in Aegypten gegenwärtig der populärste Ausländer sein, eine Mischung von Doktor Allwissend und Superman. Sadat nannte Kissinger vor den versammelten Journalisten „unseren Bruder". Das Prestige des Aussenministers kommt den Vereinigten Staaten, kommt auch Präsident Nixon zugute.

Ob das Abkommen auch den entscheidenden Erfolg für Ägypten und die Sache der Araber bedeutet, das ist in diesen Tagen in Kairo und anderen arabischen Hauptstädten Gesprächsthema Nummer eins. Kein Zweifel, eine ungute Situation, die nicht von Dauer sein konnte und durfte, ist beseitigt. Die militärischen Nadelstiche, die die Ägypter den Israelis versetzten, waren für diese unangenehm, aber sie brachten Ägypten dem Frieden nicht näher.

Der stellvertretende Ministerpräsident Hatem gab für die öffentlichen ägyptischen Kommentare den Ton an, als er darauf hinwies, dass es sich bei der Truppentrennung um ein militärisches, nicht um ein politisches Abkommen handele. Kriegsminister General Ismail forderte in einem Tagesbefehl seine Truppe zu erhöhter Wachsamkeit auf, und die Führung der „Arabischen Sozialistischen Union" erklärte nach einer Diskussion, dass Ägypten seine Truppen zu jedem Zeitpunkt in jeder Stärke und mit jeder militärischen Ausrüstung vom Westufer des Suezkanals auf das Ostufer verlegen könne, wenn dies notwendig werden sollte, das heisst, wenn Israel sich nicht an die Vereinbarung halten sollte.

Dieses Zusammenziehen der Augenbrauen bei prinzipieller Zufriedenheit hat seine Gründe. Die ägyptische Seite hat, wie es bei Verhandlungen so geht, Zugeständnisse machen müssen, Zugeständnisse, für die die Oeffentlichkeit noch nicht vorbereitet ist. Präsident Sadat schenkte in Assuan führenden ägyptischen Journalisten reinen Wein ein: der israelische Einbruch auf das Westufer des Suezkanals, mehr als nur ein militärischer Schönheitsfehler, machte ein gewisses ägyptisches Entgegenkommen unumgänglich. Möglich, dass sich Aegypten ohne dieses Handikap nicht zu einer Sicherheitszone, das heisst zu einem militärisch verdünnten Bereich auf dem Ostufer des Kanals, bereit gefunden hätte. Dem Ausland sind die konkreten Einzelheiten der Verteilung der ägyptischen und israelischen Truppen und des dazwischengeschobenen siebentausend Mann starken Kontingents der Vereinten Nationen aus der Umgebung des amerikanischen Aussenministers bekanntgeworden. Die ägyptische Oeffentlichkeit muss sich fürs erste mit den grossen Linien des Abkommens zufriedengeben, so wie es in den Kairoer Zeitungen veröffentlicht worden ist.

Ein weiteres Zugeständnis Aegyptens von grundsätzlicher Bedeutung ist der Verzicht auf die ausdrückliche Verklammerung des Abkommens über die Truppentrennung mit den weiteren Friedensbemühungen. So formal isoliert von den politischen Weiterungen, von der „endgültigen und gerechten Lösung" des Mittelost-Konflikts sollte das Abkommen nach der anfänglichen Auffassung Sadats wahrscheinlich nicht im Raum stehen. Diese Isolierung ist die Gegenleistung dafür, dass Israel schliesslich von seiner Forderung nach der formellen Beendigung des Kriegszustands abging. Auf eine solche Erklärung aber hätte sich Aegypten schon im Hinblick auf den Bündnispartner Syrien nicht einlassen können.

Präsident Sadat hat gewiss gut daran getan, andere arabische Staatsoberhäupter ohne Zeitverlust ins Bild zu setzen. Aufkeimendem Misstrauen lässt sich so am besten begegnen. Die Reiseroute Sadats ist aufschlussreich; der erste Besuch galt König Feisal, dem weisen Förderer und Geldgeber, dem Mann, dem die heiligen Stätten in Jerusalem am Herzen liegen; dann folgte das Gespräch mit dem verbündeten syrischen Staatschef General Assad. In Damaskus vor allem muss Sadat glaubhaft machen, dass er keinen Alleingang, keinen Separatfrieden im Sinn hat. Was zwischen Israel und Aegypten gelang, die Trennung der Streitkräfte, muss nun auch an der syrischen Front möglich werden; sonst gibt es in Genf keinen Fortschritt. Dann folgten Kuweit, nicht unwichtig für das Verhältnis zu den Palästinensern, wichtiger in der Oelpolitik, und die Emirate am Golf, die sich gleichfalls an der Finanzierung des Krieges und seiner Folgelasten beteiligten. König Hussein von Jordanien zu unterrichten überliess Sadat dem amerikanischen Aussenminister. Algerien und Marokko waren dann die letzten Stationen. Libyen und Tunesien, die Eltern des nicht einmal embryonalen jüngsten arabischen Unionsversuchs, aufzusuchen hat sich Sadat gespart.

Stimmen der Anderen

SCHLAG GEGEN EUROPA

Die Pariser Zeitung „Figaro" prüft die Wirkung des währungspolitischen Alleinganges der französischen Regierung auf Europa:

„In Paris ist man sich bewusst, dass die Entscheidung vom 19. Januar für die Wirtschafts- und Währungsunion, die im Juni 1972 ins Leben gerufen wurde, vielleicht einen tödlichen Schlag bedeutet. Dieser Schlag ist um so unverhoffter, als Frankreich bislang pathetisch die europäische Sache vertreten hatte, um England zu beschwören, in das System der festen Paritäten zurückzukehren, oder um Deutschland zu bewegen, ihm treu zu bleiben, und Bonn so zweimal zur Aufwertung seiner Währung zwang. Der nationale Egoismus der anderen europäischen Länder wird in der französischen Haltung eine Rechtfertigung finden."

★

DER GEMEINSAME MARKT GEHT WEITER

Demgegenüber stellt die gaullistische Pariser Zeitung „Nation" nachteilige Folgen in Abrede:

„Wenn man gewisse Leute hört oder liest, soll Europa aus dem einzigen Grund, dass der Franc schwankt, bereits tot und begraben sein. Das ist eine zumindest eilige Schlussfolgerung, die Frankreich über den Umweg seiner Währung ein Recht über Tod und Leben verleiht, das es bisher nicht kannte. Wer hat die Initiative zur Wirtschafts- und Währungsunion ergriffen, wenn nicht Frankreich? Wer hat dieser im Entstehen begriffenen Union die ersten Hindernisse in den Weg gelegt, wenn nicht England und Italien, indem sie ihre Währungen schwanken liessen? Man darf auch die isolierten Aufwertungen nicht vergessen, die von Holland oder der Bundesrepublik beschlossen wurden. Letztere verliess die von den ‚Neun' für die Paritätsschwankungen eingeführte ‚Schlange' und kehrte wieder in sie zurück wie es Bonn passte. Niemand war bei diesen wiederholten Gelegenheiten der Ansicht, dass Europa tot sei, weil sich sein Währungspfeiler in einer erschütterten Position befinde. Und dies geschah, lange bevor Frankreich das Beispiel seiner Partner nachahmte, die sich wie Paris von nationalen wirtschaftlichen Geboten leiten liessen. Der Gemeinsame Markt geht also weiter."

✱

IM INTERESSE DER WAEHLER

Die „Süddeutsche Zeitung" hat Verständnis für den französischen Schritt:

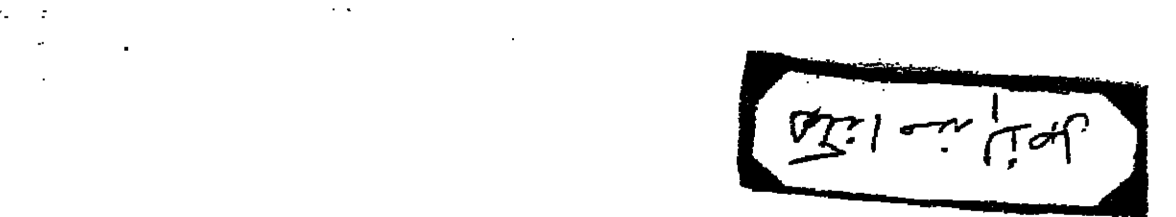
„Niemand steht es heute an, den ersten Stein auf Frankreich zu werfen. Schon andere Regierungen, die bundesdeutsche nicht ausgenommen, haben in wirtschaftlichen Notzeiten die Interessen ihrer nationalen Währungen höher gestellt als die der Europäischen Gemeinschaft. Auch in Frankreich stützt die Regierung sich auf den Willen und vor allem auf die Interessen von Wählern, denen der eigene Arbeitsplatz vorläufig teurer ist als die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Zumindest ergibt sich diese Alternative aus der Sicht der meisten Franzosen."

GRAUZONE IM GELBEN MEER

Der Berliner „Tagesspiegel" bemerkt zur chinesischen Besitznahme der Paracel-Inseln:

„Die Chinesen sind Meister in der Kunst, historische Besitzansprüche zu sammeln und sie bei passender Gelegenheit zu verwirklichen. Sie gehen dabei oft vorsichtig vor aber sie verlieren sie nie aus den Augen. Nun, da Peking als einzig legitime Vertretung der gesamtchinesischen Interessen anerkannt ist und die Vereinigten Staaten die Politik der Eindämmung Chinas aufgegeben haben, mag man dort die Zeit für gekommen halten, die umstrittenen Grauzonen in Besitz zu nehmen. Die Anrainer des Südchinesischen Meeres werden es mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen, denn die chinesischen Ansprüche reichen bis zu Inseln vor der Küste Borneos und der Philippinen. Jedenfalls muss man von nun an mit einem neuen starken Interesse Pekings an dieser Region rechnen.

L ABONNENTEN



Freie Tribüne

«Ehrlicher mit uns selbst sein!»

Zum „Kurzer Kommentar", vom 13.1.1974. S. 4: „Ehrlicher mit uns selbst sein!"

(Ein kurzer Kommentar)

„Was bei uns ewige Werte sind, Moral heisst, und Gesetz und Anstand beinhaltet . . .", so kann das sehr wohl noch denselben Begriff haben, wie eh und je, und trotzdem einen solcherart loyalen und moralischen Staats-Bürger Israel sich veranlasst fühlen lassen. „das Recht in seine Hand zu nehmen . . .", angesichts des Faktes. dass den Terror-Mord-Banden in einer angemessenen, und d.h. rechtlich-„legal . . ." strafrechtlich verhinwerk nicht verunmöglicht wird, und nicht nur noch immer nicht „legale . . ." strafrechtlich verhindert. bezw. nicht strafrechtlich geahndet wird, sondern sie auch noch nach vollbrachten Morden und Greuel- und Schock-Taten als ehrenwerte „Patrioten". und mehr-weniger „legal-verständlich Geltende . . ." unbehindert in Freiheit gesetzt werden.

Denn: „Sich selbst oder andere Gefährdete verteidigen". und „Greuel zu verhindern sich bemühen . . .", ist auch „illegal" (und bei Juden und Israel das natürlich gleich als „grob illegal . . ." verdammt). noch immer „ein kleineres Uebel" (ein sehr vie kleineres Uebel angesichts der Unfähigkeit u. Tatenlosigkeit der desbezüglich gleichgeschalteten Welt). als vor lauter disziplinierter Rechts-Wahrung. und geduldigst-ergebenen Wartens auf das Wunder eines Eingreifens von Seiten einer unbekannten und auch nicht angemeldeten himmlischen Macht. tatenlos und verantwortungslos „den Teufel erstmal ruhig-ungestört auf allen Touren walten zu lassen".

Also: Das „illegale Rechten und Richten . . ." IST zwar EIN grosses UEBEL, stimmt!

Aber: 1.) Es ist bestimmt ein kleineres Uebel, als garnichts für die Verhinderung der Mord- und Greuel-Taten zu tun.

2.) Wenn der imgrunde „loyale und moralische Israel-Staatsbürger" (oder egal welchen Staates solcherart Bürger), angesichts solch groben Mangels an minimalster „legaler staatlicher Rechts-Pflege", sich gedrängt fühlt, das zu tun, was von den dafür zuständigen staatlichen Organen „legal" in jedem Staate getan werden müsste, gegen die Terror-Mord-Banden, und dann gefasst „als illegal-Handelnder" vor Gericht kommt, DANN ist es doch nur „recht und billig...", dass das Rechts-System, das den Terroristen als Mörder gewähren lässt, und frei lässt. auch den den Terroristen (-Mörder) Verfolgenden, incl. ihn Tötenden, mindestens genauso distanziert — „verständnisvoll . . ." ihn als „Patriot" „legal . . ." usw., usw. „geltend . . .". nicht sucht, und wenn doch gefasst und vor Gericht gestellt, frei lässt. (D.h. „wenigstens den Grundsatz der gleichen Beurteilung wahrt").

Mindestens „so verständnisvoll . . ."!

Denn: Der einen völlig Unschuldigen ermordet, ist ja noch immer ein „übleren Mörder...", als der, der derartige üble Mordtaten verhindern will. und wenn ihm das anders nicht möglich, dann dadurch. dass er den Mörder und „potentiell noch und noch zu morden bereiten", tötet.

Der Herr Verf. des Kommentars: „Ehrlicher mit uns selbst sein". ist vor lauter Disziplin-Bereitschaft" zu weit gegangen"!

Genauer: Nicht weit genug „in die Tiefe . . ." (oder „in die Höhe . . .") in Richtung ZUM RECHTEN UND RICHTIGEN hin . . ." gegangen.

Deshalb wird ZU UNRECHT (unter allen Gesichtspunkten. unter allen Umständen zu Unrecht) von ihm dafür plädiert. dass der (jüdische. und moralisch integre) „Akteur des Gegenterrors" (=als Verfolger eines Mörders, für DIE Verfolgung) eine gerichtlich-rechtliche (= „legale") Verurteilung seiner Person und Tat selbstverständlich als „recht und gerecht . . ." annehmen müsste. TROTZ DES FAKTES. DASS eine gerichtlich-rechtliche VERURTEILUNG DES TERRORISTEN (oft zwar nolens-volens, aber jedenfalls DERWEIL KONSTANT. und verlässlich. und) prinzipiell NICHT ERFOLGT.

Letztere (die Nicht-Verurteilung der Terroristen). ist natürlich eine (auf das Schuld-Konto des Staates gehende . . .) GESETZ-WIDRIGE. und anstössige UNTERLASSUNGS-TAT. DIE DEN ANSTOSS FUER des Bürgers persönliches „GESETZ-WIDRIGES HANDELN . . ." (= ein imgrunde eher ehrenwertes, realisiert werdendes Nachhol- u. Aufhol-Handeln) BILDET.

Anbei möge nun gleich mit bemerkt sein. dass Verf. dieser Zeilen eine solche „Praxis des Ggen-Terrors . . ." für NICHT so weit gehend beruhigend „ein kleineres Uebel als garnichts zu tun . . ." hält, dass sie glaubte, DAMIT DUERFTE ISRAEL SICH BEGNUEGEN. Verf. ist durchaus und prinzipiell FUER DIE WAHRUNG, UND WEITERE BILDUNG, UND PRAKTIZIERUNG DER „LEGALEN . . ." staatlich fest-gesetzten VERFAHRENS-ARTEN.

Aber die Vorstellungen und Erfordernisse. die für die Schaffung und Ratifizierung einer Reihe von international-rechtlichen Abmachungen dafür nötig wären: „für gemeinsame und oder einzel-gängerische Verfolgung d. Terroristen . . ." (die nebenbei automatisch den „illegalen Gegenterror . . ." liquidieren würde, und das zur Freude und Genugtuung der „Gegenterror-Organisationen"). die könnten nur in einem weiteren. u. „langem Kommentar . . ." erfolgen.

Sie sollten je schneller erfolgen, und müssten je schneller in Arbeit genommen werden. auch wegen der damit u. dabei direkt-indirekt konfrontiert zu werden erforderlichen Fakten bezüglich „DES RECHTES ISRAELS AUF SEIN LAND ISRAEL U. SEINEN SOUVERAENEN STAAT ISRAEL".

Dr. Hans Kossorschin

Neueste Raketen wird Frankreich an Saudien liefern, hiess es in dem Beiruter Blatt „A Nahar". Frankreich dürfte auch demnächst das Waffenembargo für den Nahen Osten aufheben und grosse Waffenlieferungsverträge mit Agypten abschliessen.

GROSSER ÜBERSCHUSS IN ZITRUSFRUECHTEN

Schon heute ist sicher, dass die israelische Fruchtsaft- und Konservenindustrie in diesem Jahre von den Zitruspflanzern wenigstens 800.000 Tonnen Früchte (150.000 Tonnen mehr, als im letzten Jahre) abnehmen muss.

Die Zitruspflanzer müssen damit rechnen, dass in diesem Jahre der Export geringer als im vergangenen Jahre sein wird. Inzwischen hat sich gezeigt, dass in diesem Jahre viele kleine Früchte vorhanden sind, die für die Ausfuhr nicht so geeignet sind. Der Zitrusrat hatte vorher angenommen, dass er in diesem Jahre 52 Millionen Kisten nach Europa exportieren kann. Jetzt rechnet er jedoch nur noch mit einer Ausfuhr von 49 Millionen Kisten. Auch diese Annahme gilt nur für den Fall. dass die Preise im Ausland nicht weiter sinken. Im Moment ist ein grosses Angebot von den wichtigsten Konkurrenten zu erwarten. Israel hat in diesem Jahre eine gute Zitrusernte vor sich, auch die anderen Mittelmeerländer haben Aussichten auf eine grosse Ernte.

Bisher konnten auf den europäischen Märkten annehmbare Preise erzielt werden, aber es ist nicht sicher, ob diese in den kommenden Wochen gehalten werden können. Fest steht jedoch. dass die Fruchtsaftindustrie 800.000 Tonnen Früchte gegenüber 650.000 Tonnen im letzten Jahre übernehmen muss. Angesichts des Mangels an Arbeitskräften werden sich daraus grosse Schwierigkeiten für die Fruchtsaftfabriken ergeben.

Die Pflanzer selbst sind in eine schwierige Situation geraten, weil die Bearbeitungskosten pro Dunam, die im vorigen Jahre IL 400 betrugen, in diesem Jahre auf IL 600 gestiegen sind. Gleichzeitig ist der Ertrag aus dem Export zurückgegangen. Ausser den Kosten für Bearbeitung, haben sich auch die Kosten für Pflükken, Verpackung und Transport wesentlich erhöht. Die Pflanzer verlangten deshalb vom Finanzministerium Steigerung der Exportprämie um 90 Agorot pro Dollar. Sie wissen jedoch, dass das Finanzministerium vorläufig diesem Wunsche nicht nachkommen wird.

Die Zitruswirtschaft [illegible] grosse Hoffnungen auf Export nach Japan gesetzt [illegible] der letzten Zeit bestande[illegible] fürchtungen. dass diese [illegible]fuhr wegen der politischen [illegible]änderungen auf Schwie[rigkei]ten stossen können. Inzw[ischen] hat sich gezeigt, dass die [Aus]fuhrsendungen planmässig [...] sich gehen, und dass bei keinerlei Hindernisse auf[...]

Wirtschaftsrundschau

MEHR LUFTFRACHT FUER DEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN EXPORT

Die Gesellschaft AGREXCO setzte ein zweites Flugzeug für den Transport landwirtschaftlicher Produkte nach Europa ein. Auf diese Weise soll regelmässige Belieferung der Märkte des Kontinents gesichert werden.

Die Landwirte haben sich inzwischen. ähnlich wie die Zitruspflanzer, mit der dringenden Forderung an die Regierung gewendet, die Exportvergünstigungen heraufzusetzen, da die Produktionskosten sich erheblich verteuert haben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch die Erhöhung der Ausgaben für den Transport.

Die israelischen Exporteure von Früchten und Blumen konnten bisher recht gute Preise auf den europäischen Märkten erzielen. Für eine Reihe von Produkten waren sogar ausgezeichnete Ergebnisse festzustellen.

WESTWIND-FLUGZEUGE WERDEN ERHEBLICH VERBESSERT

Die von der Luftfahrtindustrie unter dem Namen „Westwind" produzierten Flugzeuge (früher Jet Commander), werden in nächster Zeit verbessert werden. In die Maschine wird ein anderer Motor eingebaut werden. der leistungsfähiger ist und der zugleich weniger Brennstoff verbraucht und weniger Lärm macht. Das neue Flugzeug, das den Namen „Westwind 1124" tragen wird. kommt den Wünschen der Konsumenten mehr entgegen. Das bisherige Modell wurde mit „Westwind 112[...] zeichnet. In der letzten Z[eit] der Verteidigungssektor zw[...] schinen „Westwind 112[...] stellt.

Von den seinerzeit übe[rnom]menen alten Boeing-Flug[zeugen] konnte die Luftfahrtin[dustrie] jetzt weitere fünf absetze[n...] gesamt wurden schon ach[t Flug]zeuge dieses Typs überho[lt und] ins Ausland verkauft. Die [...] erst heftig kritisierte G[...] hat nunmehr der Luftfah[rtindu]strie beträchtliche Gewin[ne] gebracht.

*

Ein amerikanischer [...] Ratgeber, der für die S[...] namesen arbeitete. ist a[uf den] Paracel-Inseln in chinesisc[he Ge]fangenschaft geraten, [...] Radio Peking.

Frederick Forsyth

Die Akte ODESSA

Roman

[illegible] & Co. Verlag • München

32

Das RSHA bestand aus sechs Abteilungen, und die wurden als „Aemter" bezeichnet. Amt I war für die Verwaltung und Personal zustaendig; Amt II für Ausrüstung und Finanzen. Amt III war die vorgesetzte Behörde des inlaendischen Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei. Das RSHA wurde zunaechst von Reinhard Heydrich geleitet und nach dessen Ermordung 1942 in Prag von Ernst Kaltenbrunner, den die Alliierten nach dem Krieg hinrichten liessen. Dem Chef des RSHA waren die Spezialisten für Folterungstechniken unterstellt; Fachleute. die Verdaechtige im Reichsgebiet und in den besetzten Laendern zum Reden bringen sollten.

Amt IV war die Gestapo, die Heinrich Müller (dessen Verbleib bis heute unaufgeklaert geblieben ist) leitete; dazu gehörte auch das als Abteilung b4 geführte „Judenreferat". Chef Adolf Eichmann. Er wurde von den Israelis aus Argentinien entführt und in Jerusalem hingerichtet. Amt V war die Kriminalpolizei, Amt VI der Auslandsnachrichtendienst. Spaeter kam ein Amt VII für „Gegnerforschung" hinzu.

Waehrend der Amtszeit von Kaltenbrunner und Heydrich fungierte der Leiter von Amt I in personellen Fragen als ihr Stellvertreter. Das war SS-General Bruno Streckenbach; er lebt heute in Hamburg und hat eine gutbezahlte Stellung bei einer grossen Firma.

Wenn man nach Verantwortung fragt, so wird man sie überwiegend bei den Aemtern des RSHA zu suchen haben. Der Taeterkreis umfasst Taustausende, aber nicht die Millionen und aber Millionenn Bürger der heutigen Bundesrepublik. Die These von der Kollektivschuld der Deutschen, die sechzig Millionen Menschen betrifft und Millionen von Kindern, Müttern, Rentnern, Soldaten, Seeleuten und Fliegern nicht ausnimmt. die an den Greueln unbeteiligt waren — diese These ist ursprünglich von den Alliierten aufgestellt worden. Und sie passte den ehemaligen SS-Angehörigen nur allzu gut ins Konzept. Diese Theorie hat sich als ihr bester Verbündeter erwiesen. Denn im Gegensatz zu den meisten Deutschen ist diesen Maennern eines durchaus klar: Solange die These von der Kollektivschuld unangefochten bleibt. wird man nicht nach den einzelnen Taetern suchen — jedenfalls nicht sehr gründlich. Die notorischen SS-Mörder verstecken sich daher noch heute hinter der Kollektivschuld-Theorie."

Miller dachte nach. Mit den Zahlen, um die es dabei ging, konnte er nichts anfangen; sie überstiegen sein Vorstellungsvermögen. Sich bei jedem dieser vielen Millionen Opfer einen einzelnen Menschen vorzustellen war unmöglich. Da konnte man schon eher an einen einzigen Toten denken. einen alten Mann, den man in Hamburg aus einem Haus in einer haesslichen Strasse auf einer Bahre in den Regen hinausgetragen hatte.

„Der Grund, weswegen Tauber sich umgebracht hat — ich meine, glauben Sie daran?" fragte Miller.

Simon Wiesenthal betrachtete angelegentlich zwei wunderschöne afrikanische Briefmarken auf einem der Umschlaege. Es war der Blick eines passionierten Sammlers.

„Ich glaube, er hat sich nicht getaeuscht in der Annahme, niemand würde ihm glauben. dass er Roschmann aus der Hamburger Staatsoper hatte herauskommen sehen. Wenn er das glaubte. dann hat er damit allerdings recht gehabt."

„Aber er ist ja doch nicht einmal zur Polizei gegangen", warf Miller ein.

Simon Wisenthal schnitt ein weiteres Kuvert entlang der Falzkante auf. zog das Papier heraus und überflog das Schreiben.

„Nein", sagte er dann. „Technisch gesehen, haettte er das freilich tun sollen. Ich bin nicht sicher. dass daraufhin irgend etwas Konkretes erfolgt waere. In Hamburg jedenfalls waere keine Ueberraschung möglich."

„Wieso? Was stimmt denn in Hamburg nicht?"

„Sie haben die dortige Staatsanwaltschaft aufgesucht, nicht wahr?" fragte Wiesenthal sanft.

„Ja, das habe ich. Dass man besonders entgegenkommend gewesen waere, kann ich allerdings nicht behaupten."

Wiesenthalt blickte auf.

„Das betreffende Referat der Hamburger Justiz steht hier in diesem Büro in einem ganz speziellen Ruf", sagte er. „Nehmen Sie zum Beispiel den Mann, den Tauber in seinem Tagebuch erwaehnt und dessen Name ich Ihnen gerade genannt habe, den Gestapo-Chef und SS-General Bruno Strekkenbach."

„Ja", sagte Miller. „Was ist mit ihm?"

Statt zu antworten, drückte Wiesenthal auf die Taste seiner Sprechanlage und verlangte den Hamburg-Akt. Das hübsche Maedchen kam mit einem Ordner herein.

„Hier haben wir es", sagte Wiesenthal. „Der westdeutschen Justiz als Dokument 141 JS 747/16 bekannt. Wollen Sie etwas über den wissen?"

„Bitte", sagte Miller. „Ich habe Zeit."

„Gut. Dann hören Sie sich das mal an: Vor dem Krieg Gestapo-Chef in Hamburg. Stieg dann sehr rasch in eine Spitzenposition im SD und in der SP auf, dem Sicherheitsdienst und der Sicherheitspolizei, die beide Organe des RSHA waren. Stellte im Jahre 1939 sogenannte Einsatzgruppen für das besetzte Polen zusammen. Ende 1940 Leiter saemtlicher SD- und SPD-Verbaende im besetzten Polen. dem sogenannten Generalgouvernement, mit Sitz in Krakau. Diese Einheiten brachten in dem betreffenden Zeitrauf Tausende von Menschen um, vor allem im Zug der Operation AB.

Anfang 1941 wurde er zum Chef des Personalwesens des SD ernannt und übernahm damit auch die Leitung von Amt III des ASHA. Sein unmittelbarer Vorgesetzter war Reinhard Heydrich, [spä]ter dann Kaltenbrunner. Kurz vor dem Ueb[erfall] auf Russland war er an der Aufstellung der [Ver]nichtungskommandos beteiligt, die der Armee [auf] dem Fuss folgten. Als Chef des SD-Personalw[esens] war er für deren personelle Zusammense[tzung] verantwortlich. da die „Einsatzgruppen" sam[t und] sonders dem SD beziehungsweise der SP ang[ehör]ten. Bald darauf wurde er noch mal befö[rdert], diesmal zum Personalchef aller sechs Organe [des] RSHA, wobei er weiterhin stellvertretender [Chef] des Hauptamts blieb — zunaechts unter Hey[drich] und nach dessen Ermordung durch tschech[ische] Partisanen unter dessen Nachfolger Kalten[brun]ner. Kaltenbrunner raechte Heydrichs Tod: [das] Dorf Lidice wurde dem Erdboden gleichgem[acht] und seine maennlichen Bewohner ausnahmslo[s er]mordet. Streckenbach war bis zum Ende des [Krie]ges für die personelle Zusammensetzung d. Ein[satz]gruppen und SD-Dienststellen verantwortlich.

„Und wo ist dieser Mann jetzt?" fragte Mill[er].

„Er geht in Hamburg spazieren, frei wie ein [...] bekommen", sagte Wiesenthal.

Miller war fassungslos.

„Hat man ihn denn nicht fesgenommen?"

„Wer denn?"

„Die Hamburger Polizei natürlich."

„Die müsste eine Weisung der Staatsanwalts[chaft] bekommen", sagte Wiesenthal.

Er nahm ein einzelnes Papier heraus. Dan[n fal]tete er es saeuberlich in der Mitte von ob[en nach] unten und legte es vor Miller auf den Tisc[h, so] dass nur die Namen auf der linken Haelfte [des] Blattes sichtbar waren.

„Sind Ihnen diese Herrschaften vielleicht [be]kannt?" fragte er.

Miller überflog die Liste mit gerunzelten Br[auen]. „Natürlich, viele von ihnen. Ich war jahr[elang] Gerichtsreporter in Hamburg. Das hier sind Hamburger Polizeibeamte. Warum?"

„Falten Sie das Papier auseinander", sagte [Wie]senthal.

Miller tat es und las:

Name	Partei-mitglied-Nr.	SS-Nr.	Dienstrang	D[...] de[...] förd[...]
A	—	455336	Hauptsturmf.	1[...]
B	5451195	429339	Sturmführer	9.[...]
C	—	353004	Sturmführer	[illegible]
D	7039564	421176	Hauptsturmf.	2[...]
E	—	421445	Sturmführer	9[...]
F	704038	174902	Sturmbannf.	2[...]
G	—	426553	Hauptsturmf.	1[...]
H	3138798	311870	Hauptsturmf.	30[...]
I	1867976	424367	Sturmführer	20[...]
J	5063331	309825	Sturmbannf.	9.[...]

Miller blickte auf.

„Donnerwetter!" sagte er.

„Na, jetzt werden Sie wohl begreifen. w[ieso] ein SS-Gruppenführer heute in Hamburg unb[ehel]ligt spazierengehen kann?"

(Fortsetzung folgt)

Schlussplädoyers im Bouchiki-Prozess in Oslo

UNKLARHEIT UEBER DIE ROLLE DES ISRAELISCHEN GEHEIMDIENSTES

Nach zwölf Verhandlungstagen vorige Woche mit den Plä... ers der Verteidiger der Pro... gegen sechs Personen, die ... Beihilfe zum Mord an dem ...rokkaner Ahmed Bouchiki am ... Juli 1973 in Lillehammer ...eklagt waren, abgeschlossen ...den. Das Urteil wird vor...sichtlich erst in einigen Ta... verkündet werden. Staats...walt Wiker hielt es in seinem ...doyer für erwiesen, dass der ...elische Geheimdienst hinter ...n Mord stand.

„FALSCHES" OPFER

...n seiner ausschliesslich auf ...rizien aufbauenden Darstel...ung des Tatverlaufes kam der ...atsanwalt zum Schluss, dass ...uchiki mit einem anderen ...nn verwechselt worden sei ... dass die mutmasslichen Tä... nicht auf der Anklagebank ...en, die Angeklagten jedoch ...gen Beihilfe zum Mord die...e Schuld trügen. Sie könn... deswegen zu lebenslängli...m Gefängnis verurteilt wer..., auf Grund der besonderen ...stände plädiere er jedoch ... eine Strafe, die weit unter ...n für norwegische Verhält...se sonst üblichen Strafmass ...ge. Neun Jahre Gefängnis ...ntragte der Staatsanwalt für ...raham Gehmer, den er als ...ef der Gruppe bezeichnete, ...d für den Dänen Dan Aerbel, ...ben Jahre für Sylvia Rafael, ... mehrere Jahre in Frankreich ...ter falschem Namen als Pho...graphin und Photomodell ge...beitet hat, und sechseinhalb ...hre für die Schwedin Marian... Gladnikoff sowie die beiden ...raeli Zwi Steinberg und Mi...ael Dorf. Die Verteidiger plä...erten für Freispruch in allen ...unkten, da ihren Klienten we...er Beihilfe zum Mord noch ...ngesetzliche nachrichtendienst...che Tätigkeit hätte nachgewie...n werden können.

Der Staatsanwalt ging wäh...nd des Prozesses davon aus, ...ss das Attentat von Lilleham...er eine von offiziellen israeli...hen Stellen geplante Aktion ...wesen sei. Er begründete das ...eitgehend mit der Position ...braham Gehmers, der unter ...deten Angestellter der israe...chen Botschaft in Paris gewe...n war und nach Aussagen ...s Mitangeklagten Aerbel nun ...nen Posten im Verteidigungs...inisterium innehabe. Mehrmals ...rsuchte er, Parallelen zu an...ren Attentaten, denen Araber ...d Palästinenser in Rom und ...ris zum Opfer gefallen wa...n, zu ziehen. Den Ursprung ...ser Form der israelischen ...gententätigkeit sah der Staats...walt im Massaker von Mün...en. Es sei allgemein bekannt, ...ss zu jener Zeit eine eigene ...stitution zur Bekämpfung des ...abischen Terrorismus gebildet ...orden sei. Wiker räumte ein, ...ss man das Attentat von Lil...hammer als Bestandteil einer ...iegerischen Auseinandersetzung ...hen könne. Der gesetzwidrige ...harakter des Anschlags sei des...egen jdoch nicht aufgehoben. Nach Darstellung des Staats...walts ist die Gruppe, zu der ...ahrscheinlich 15 Personen ge...örten, auf den Spuren des in ...enf wohnenden Arabers Ke...al Benamene nach Norwegen ...kommen. Ueber seine Tätig...eit und seine Position in der ...abischen Terroristenorganisation konnte Wiker wenig aussagen. Benamene müsse für die Israeli jedoch von grosser Bedeutung gewesen sein. Ueber ihn führte der Weg zu Ahmed Bouchiki, dem der Staatsanwalt eine Verbindung zu arabischen Terrorgruppen ebenfalls nicht hieb- und stichfest nachweisen konnte. Aus all dem schloss er, dass die israelische Gruppe den „falschen" Mann getötet habe, und führte zudem eine israelische Wochenzeitschrift an, die im August je ein Photo von Bouchiki und Ali Hassan Salame mit der Bezeichnung „Entschuldigung, falsches Opfer" veröffentlicht habe. Das Ziel der Gruppe sei vielmehr Salame gewesen, von dem vermutet wird, er sei der Urheber des Münchner Attentats, und der auch Anschläge auf israelische Botschaften und El-Al-Büros in Nordeuropa geplant haben soll.

Die Verteidiger argumentierten, die Tat von Lillehammer sei kein „normaler" Mord gewesen; er sei in einer Kriegssituation verübt worden. Die Angeklagten hätten den Auftrag gehabt, weitere Terroraktionen zu verhindern, um damit auch das Leben anderer Bürger zu schützen. Sie warfen dem Staatsanwalt vor, keine stistichfesten Beweise vorgelegt zu haben. Im übrigen erklärten sie, dass zwischen Israeli und Arabern ein Terrorkrieg im Gange gewesen sei, der in Israel eine besondere Mentalität geschaffen habe. Im übrign hätte keiner der Angeklagten gewusst, dass ihr Auftrag mit einem Mord enden werde. Sie hätten ihren Einsatz als nachrichtendienstlichen Auftrag aufgefasst.

Während der Verhandlung hatten die Verteidiger ausserdem versucht, Wiker daran zu hindern, einige in Paris und Rom begangene Attentate, hinter denen ebenfalls Israeli vermutet werden, mit der Tat von Lillehammer in Verbindung zu bringen. Der Pariser Polizei ist es inzwischen gelungen, mit Hilfe der Osloer Polizeiunterlagen weitere Fortschritte bei ihren Ermittlungen zu machen. Rechtsvertreter der Opfer von Paris sind nach Oslo gekommen, um Einsicht in die Prozessakte zu nehmen.

UNBEHAGEN IN POLITISCHEN KREISEN

In politischen Kreisen Norwegens war während der Verhandlung Missbehagen über das Agieren des Staatsanwaltes spürbar, vor allem wegen der ständigen Hinweise auf die Rolle, die offizielle israelische Stellen gespielt haben sollen. Von in Oslo anwesenden israelischen und arabischen Juristen ist die Prozessführung im allgemeinen jedoch als fair und korrekt bezeichnet worden.

...AUF DIE ZEHEN STELLEN UND DEN ARM AUSSTRECKEN

100.000 KLEINE MENSCHEN WEHREN SICH MIT ALLER MACHT GEGEN SPOTT UND BENACHTEILIGUNG

Will sie in einem Selbstbedienungsladen ein Pfund Zucker aus dem Regal nehmen, muss sie einen anderen Kunden darum bitten. Will sie von einer Telefonzelle aus anrufen, muss sie eine Passantin darum bitten, ihr den Hörer zu reichen und die Wählscheibe zu drehen. Will sie eine Packung Zigaretten aus dem Automaten ziehen, muss sie den Nächstbesten darum bitten, die Münze einzuwerfen und die Lade zu ziehen.

Ortrun Schott ist eine von rund 100.000 kleinen Menschen, die in der Bundesrepublik leben. Das ständige Bitten bedeutet für sie jedesmal von neuem die Gewissheit, anders zu sein als die „normalen" Mitmenschen. Schott: „Es ist demütigend, wenn man ein Leben lang betteln muss."

DIE WEITLÄUFIGE PHRASE „KLEIN — ARM — DUMM"

Täglich werden kleinen Menschen aufs Neue von ihrer Umwelt gehänselt, ausgelacht, wird ihnen abwertend nachgeschaut. Sie stossen auf Ablehnung und Vorurteile. Sie wehren sich gegen die weitläufig verbreitete Phase: „klein-arm-dumm". Um nicht völlig isoliert ein mehr oder weniger lebenswertes Leben zu führen, gründeten sie die die „Vereinigung kleiner Menschen e.V.", der sich bislang allerdings nur 112 zahlende Mitglieder anschlossen, davon allein 58 in Hamburg.

Die Mitgliedschaft kann erwerben, wer die Grösse bis 1,45 m bei Damen und bis 1,50 m bei Herren aufweist. Sinn und Zweck des Vereins sind in der Satzung festgehalten: „Der Verein setzt sich für die Belange kleiner Menschen ein."

Und diese Belange sind vielfältig. Schott: „Unser grösstes Leid sehen wir darin, dass die Umwelt nur für Menschen zwischen 1,70 m und 1,90 m Grösse konstruiert ist." Neben den bereits erwähnten Schwierigkeiten kommt hinzu, dass die kleinen Menschen, die sich zu Recht gegen Anreden wie Liliputaner und Zwerge wehren, keinen Brief in einen Briefkasten werfen können, keinen Klingelknopf bedienen und nicht aus Zügen oder Strassenbahnen ein- oder aussteigen können.

Schon die eigenen vier Wände müssen für sie besonders zurechtgeschnitten werden, damit wenigstens das Wohnen annehmbar wird. Ortrun Schott muss sich sehr anstrengen, um in der Küche den Wasserhahn bedienen zu können. Fenster und Türen haben besondere Griffe, nur flache Schränke stehen in der Wohnung und ein tiefer Sessel ermöglicht es ihr, beim Sitzen die Füsse auf die Erde zu stellen.

Derartige Sonderanschaffungen sind teuer. Allein die Garderobe wirft für manch einen kleinen Menschen grosse Problme auf. Ein Paar Schuhe kostet um die 400 Mark, Anzüge rund 500 Mark. Fast ausschliesslich muss die Kleidung massgeschneidert werden.

Ortrun Schott bedauert es, dass sich bislang nur 112 kleine Menschen ihrer Vereinigung angeschlossen haben. „Wir wollen sie aus ihrer Isolierung herausholen, da wir wissen, dass viele von ihren Angehörigen versteckt werden und nur bei Nacht frische Luft schnappen dürfen. Das einzige, was uns verbindet, ist die Grösse. Die kleinen Menschen sind unwahrscheinliche Individualisten. Jeder hat andere Vorstellungen, und deshalb ist es schwer, ein gemeinsames Ziel zu finden. Viele sind zudem gehemmt und völlig unselbständig, da sie den Kontakt mit ihrer Umwelt noch nicht gefunden haben. Schuld daran ist nicht der kleine Mensch, sondern die übrige Bevölkerung, die ihm gegenüber nicht viel mehr übrig hat als Diskriminierung, Spott und Hohn."

Deshalb ist es auch für die kleinen Menschen besonders schwierig, einen anständigen Beruf zu erlernen. O. Schott hat die Qualen durchgemacht: „Der Direktor der Höheren Schule lehnte meine Aufnahme ab. Nach langem hin und her erreichten sie meine Eltern dennoch. Dann wurde ich — unter Vorbehalt eingestellt — Kindergärtnerin, nahm aber nach acht Jahren noch mein Studium auf. Nach zehn Semestern erreichte ich mein Diplom als Psychologin. Heute unterrichte ich in drei verschiedenen Schulen und betreibe Spieltherapie.

ALS ZIRKUSCLOWN SIND SIE GEFRAGT

Die berufliche Erfolgsentwicklung von Ortrun Schott ist eine Ausnahme. Andere unternehmen vage Versuche und ziehen sich nach den ersten schlechten Erfahrungen in die eigenen vier Wände zurück. Sie werden mitunter sehr aggressiv ihrer Umwelt gegenüber. Sicherlich, es gibt Buchhalter, Schlosser u. ä. unter ihnen, aber ihr Grossteil ist nicht berufstätig. Einzige Ausnahme: als Zirkusclown sind sie gefragt, als lächerliche Figur.

Das Ziel der Vereinigung ist es, den Schwergeschädigtenstatus zu erreichen. Er räumt Steuervergünstigungen ein, verschafft billigere Eintritts- und Fahrgelder. Ausserdem wollen sie günstigere Einkaufsmöglichkeiten erschliessen. Ortrun Schott: „Wir wissen, dass wir wahrscheinlich doch auf taube Ohren stossen.. Uns wäre allerdings schon sehr geholfen, wenn uns unsere Mitmenschen nicht als Aussenseiter, sondern als die Ihren betrachten würden."

MESSEPLATZ HANNOVER VIERMAL IM BLICKPUNKT DER FACHWELT

In Hannover, das durch seine technische Messe weltberühmt ist, finden im Frühjahr vier grosse Ausstellungen statt. Die erste ist Constructa 1974 vom 2.—10. Februar (bisher 1.500 Aussteller). In der Zeit vom 15.—19. März wird die Interfachmesse für Porzellan, Glas, Keramik, Silberwaren, Geschenkartikel und ähnliche Produkte abgehalten. Für diese Messe haben sich schon über 700 Firmen angemeldet (28 ausländische Staaten sind vertreten).

Der Höhepunkt wird mit der eigentlichen Hannover-Messe 1974 vom 25. April bis 3. Mai erreicht, zu der 5.500 Aussteller und wenigstens 500.000 Besucher erwartet werden. 30 ausländische Staaten werden in irgendeiner Form vertreten sein. Im Vordergrund der Messe werden Maschinenbau und Elektronik stehen.

Fast gleichzeitig wird die deutsche Luftfahrtschau abgehalten werden, die im letzten Jahre 225.000 Besucher anziehen konnte.

Für Interessenten in Israel erteilt über alle Messen in Hannover nähere Informationen der Repräsentant der Hannover-Messe: F. A. Lewinson, Tel-Aviv, POB 2032.

RADIO und FERNSEHEN

Dienstag, 29.1.1974

Nachrichten: Programm A und B: jede Stunde.

Programm A:

8.05 Morgenkonzert- Werke von Pachelbel, Vivaldi, Sibelius, Weber, Beethoven, Kodaly; Schostakowitz, Debussy; 9.55 Nachrichten in englischer; 10.55 in französischer Sprache; 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 und 12.15 Programm für Schulen: 11.35 und 12.05 Lied und Chanson; 12.35 Mittagskonzert- Isaye, Ireland, Korngold, Rathaus, Rumshinsky; 14.10 Für Mutter und Kind; 14.35 Rätselraten mit Schmuel Rosen; 15.05 Musik ohne Unterbrechung- (Paul Landau); 16.05 Eine Minute Hebräisch; 16.06 Buchbesprechung; 16.10 Talmudunterricht für Mittelschüler; 16.30 Rezital (Wiederholung)- Chanoch Grünfeld-Klavier spielt Prelude und Fuge von Bach, Prelude von Debussy und „Faschingsschwank aus Wien" von Schumann; 17.05 „Ende der Reise"- (Wiederholung) Programmserie von Michael Ohad: „Baron Niccolo" (Paganini); 17.55 Nachrichten in englischer Sprache; 18.05 Ueber Menschen und Zahlen: 18.25 „Bis 120"; 18.50 Nachrichten in franzosischer Sprache; 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassische Musik: 19.50 Rezitation aus der Bibel; 20.05 Erinnerungen an Erez Jisrael; 20.15 Konzertvorbesprechung (Uri Epstein); 20.30 Das Jerusalemer Symphonie-Orchester — direkte STEREO-Uebertragung aus dem YMCA — Auditorium, Jerusalem — Dirigent Schmuel Friedmann, mit Chanoch Tel-Oren (Flöte) und Daniel Höxter (Klavier)- Bach: Suite Nr. 3; Johann Nepomuk David: Flötenkonzert: Lutoslawski: „In Erinnerung an Bartok"; Beethoven :Klavierkonzert Nr. 4; 23.25 „Das Buch von San Michele", neunte Folge: In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen- Musik, Chansons, Lieder (auf beiden Sendern).

Programm B:

6.05 Morgengymnastik; 6.14 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.25 Gesänge; 7.55 Grünes Licht; 8.10 Morgenprogramm; 10.05 Für die Hausfrau: 12.05 Im Arbeitsrhythmus: 12.30 Unterhaltungsprogramm; 13.25 Unsere Lieder; 14.10 Kreuzworträtsel; 15.05 Melodien und Gesänge; 15.53 Da capo (mit Schmuel Rosen); 16.05 Eine Minute Hebräisch; 16.06 Lieder; (ebenso 16.35) 16.30 Rätselraten in Fortsetzungen: 17.05 Das ist Geschmackssache (zweite Folge); 18.05 Beliebte Lieder: 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 Pop- Mode, Kunst und Politik; 22.05 Gegenüberstellungen- Chansons; 23.35 Jazzperlen;

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten: 19.05 und 20.05 Lieder und Melodien.

Militärsender

Nachrichten: jede Stunde:

6.05 und 7.05 Morgenklänge plus Grüsse; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 8.30 und 10.05 Grüsse mit einem Lied; 10.55 Programm mit Uri Sela: 11.05, 12.30, 13.05 und 13.35 Warm und schmackhaft; 13.30 Programm mit Channa Semer; 13.55 Mitteilungen für Soldaten: 14.05 und 15.05 Zum Nachtisch: 16.04 Rufen Sie bitte an-; 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 Persönliche Fragen- Jaakov Agmon mit einem Brigade-Kommandanten im Norden; 19.05 Sondergrüsse; 20.05 Frisch und munter; 20.30 und 21.05 Wunschprogramm; 2.05 Lasset uns plaudern- mit Natan Dunewitz; 23.53 Mitternachtsgesprach- Dr. Tom Levy „Unorganisiertes oder organisierte Durcheinander"; In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen — Musik, Chansons, Lieder;

Schulfernsehprogramm:

7.50 Physik; 8.15 Beratung und Richtunggebung; 8.40 Die Lehre von der Elektrizität; 9.05 Rechnen; 10.00, 10.20, 11.20, 12.00 und 12.20 Englisch; 10.40 Kindergärten; 11.00 Geometrie; 13.00 Technologie; 13.20 Bürgerkunde: 13.40 Ociania (Film)

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Informationsfilm; 17.42 Naturfilm „Down South up the Nile" (Film über den Nil-Fluss); 18.10, Dr. Dolittle, 11. Kapitel; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 Magazin für jedermann; 20.30 Mabat; 21.00 „Mannix": „Mit der Absicht zu töten"; 21.50 Brennpunkt; 22.40 Ausländisches Unterhaltungsprogramm; 23.20 Tagesbschnitt, Nachrichten.

DIE ARBEITSGEBER GEGEN DIE VOLLE TEUERUNGSZULAGE VON 4%

Der Koordinationsausschuss der Wirtschaftsverbände forderte die Regierung auf, den Beschluss betreffs der Erhöhung der Teuerungszulage von 4% neu zu überdenken. Der Ausschuss behauptet, dass mit dem Beschluss, gleich mit der Zahlung der Zulage zu beginnen, grosser Schaden verbunden ist, da sie in gewissen Masse die positiven Seiten der Einschränkung der Subsiden aufhebt, den Verlauf der Inflation beschleunigt und die Wirtschaft zu einer grossen Steigerung der Preise führt, die ihren ordnungsmässigen Verlauf gefährdet.

Nach Ansicht des Ausschusses wäre in diesem Augenblick die richtige Reaktion, die Zulage allein auf die Minderbemittelten zu beschränken, und dies aus dem Staatsbudget zu decken.

RAW ALUF DAVID ELASAR ZUR SCHARON-AFFAERE:

„Ich lasse mich mit Scharon in keine öffentliche Diskussion ein".

(WT) — Auf die Frage ob er die beiden Interviews gelesen habe, welche Knessetabgeordneter Ariel Scharon den beiden Mittagszeitungen gegeben hat, antwortete der Generalstabschef bei einer Pressekonferenz in Tel-Aviv das Folgende: „Ich habe diese Interviews gelesen und ich habe an ihnen viel und harte Kritik zu üben". Raw Aluf Elasar fügte hinzu, dass er diese Kritik in der gestrigen Regierungssitzung vorgebracht habe und dass er von der Regierungschefin, Frau Golda Meir, gebeten wurde, sich in keine öffentliche Diskussion mit Scharon einzulassen. Er begnügte sich — so sagte Elasar — mit dem in der Verlautbarung der Regierung Gesagten — und das umsomehr als er sowohl psychologische als auch juridische Hemmungen habe mehr darüber bekanntzugeben.

APOTHEKENDIENST

TEL-AVIV

Dienstag nacht bis 23.00 Uhr King George 72, Tel. 286740; Kikar Hamedina, 48, He Beiyar, Tel. 258046; Ben Yehuda 183, Tel. 242673.

Ramat Gan und Umgebung: Katzenelson 151, Giwatajim, Tel. 722271

Bne Brak: Rabbi Akiba 80, lovstr. 65 Herzlia.

Herzlia und Umgebung: Sokolovstr. 65, Herzlia.

Bat Jam: Balfourstr. 45.

Cholon: Trumpeldorstr. 4. (gegenüber Schenkarstr. 19).

Beer Schewa: „Jona"

JERUSALEM

19.00—22.00 Uhr: Merkas Mischari, Kirjat Jowel, Tel. 35081; Zalach-a-Dinstrasse, Tel. 282196.

HAIFA

Bis 22.00 Uhr: Azmaut 59, Tel.528855.

AERZTE-NACHTDIENST

Dr. Har Ewen, Epsteinstr. 6, Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte-Nachtdienst Tel-Aviv, Telefon 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr früh.

Gusch Dan: Magen David Adom, Tel. 781111.

Aerztedienst der Kupat Cholim „Maccabi", Tel Aviv: Dr. Engel (Kinder). Kikar Malchei Israel 10. Tel. 268021; Ab 20 Uhr MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim Merkasit Tel-Aviv—Jaffo: MDA Mazestr. 13, Tel. 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens Dr. Watts, Allenby 59, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr. Marc, Dona, Hachaschmonaim Str. 4, Tel. 248298.

Ramat Gan, Giwatajim und Bnej Brak: MDA, Hagilgalstr. 42, Tel. 781111, von 8 Uhr abends, bis 7 Uhr früh. Dr. Komlosch (Kinder), Weizmann Str. 33, Giwatajim, Telefon **Ramat Hascharon:** Mitteilung im Snif ● **Chedera:** MDA, Tel. 22333 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV

ALLENBY: „Charley Varrick" (4. Woche).
BEN JEHUDA: Strand der Kriegsgötter.
CHEN: The Bigamist (4. Woche).
CINERAMA: Battle of Giants (5. Woche).
DEKEL: Soul to Soul.
DRIVE-IN: 5.15 Uhr: Kinderfilm. Up in the Air. 9.30 Uhr: Madron.
ESTHER: Blume in Love (3. Woche).
GAT: Pete'n Tillie (19. Woche).
GORDON: Le Grand blond avec une chaussure noire (36. Woche).
HOD: Westworld.
LIMOR: Steelyard Blues (3. Woche).
MAXIM: What They Did To Solange (3. Woche).
MOGRABI: The Stone Killer (2. Woche).
ORDAN: Guess What We Learned in School Today.
OFHIR: „Coffy" (3. Woche).
ORLY: I'll Cry Tomorrow.
PEER: Malizia (4. Woche).
PARIS: Man in the Wilderness (2. Woche).
RAMAT AVIV: The Last Picture Show.
STUDIO: The Forbidden Decameron (2. Woche).
TCHELET: Duel.
TEL-AVIV: Gordon's War.
ZAFON: The Heartbreak Kid. (5. Woche).

RAMAT GAN

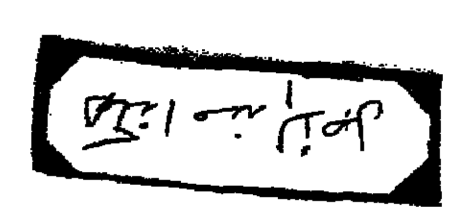
LILI: 4.00 — Tarzan; 7.15 und 9.30 Jeremiah Johnson.

HAIFA:

AMPHITHEATRE: Decameron 69
ARMON: Want so Much to Believe (2. Woche).
ATZMON: Even Angels Eeat Beans (3. Woche).
BEIT ROTHSCHILD: Histoires Extraordinaires Do. 8.45 Ce Sacré Grand Père
CHEN: Decameron No. 2 (3. Woche).
MIRON: Non Stop: Golden Tiger
MORIAH: Kazablan.
ORAH: The Mackintosh Man (2. Woche)
ORDAN: Le Gendarme se Marie
ORION: Nonstop: Godfather from Harlem
ORLY: Le Grand Blond avec une Chaussure Noire (10. Woche)
PEER: The Senator Likes Women
RON: Class of .44
SHAVIT: Subterfuge.

JERUSALEM

ARNON: Dorian Gray
CHEN: The Clay Pigeon
EDEN: Los Amigos
EDISON: The Honeymoon Killer
JERUSALEM: Woodstock
HABIRAH: Wedding Night
ORGIL: Adieu l'Ami (2. Woche)
ORION: Emperor of the North
ORNA: Battle for the Planet of the Alpes
RON: What Do You Say To A Naked Lady? (4. Woche)
SEMADAR: The Canterbury Tales



هكذا من الأصل

חדשות ישראל ECHO DES TAGES

סוריה אינה מצרים

הפרדת הכוחות בין כוחות ישראל לבין הכוחות הערביים מהווה היום כנראה את שאיפתם של רוב עמי העולם ובמידה מסוימת היא אף שאיפתנו אנו.

על אף זאת אין פירושו של דבר שמצידנו — בכדי להשיג מטרה זאת — צריך להסכים לויתורים מרחיקי לכת. במקרה הקונקרטי של סוריה אין לתת להם יותר מאשר הם מוכנים לתת לישראל.

כאן בהחלט המקום בו עלינו לפעול לפי העיקרון של תן וקח ולהקפיד על כך שדמשק לא תקבל מאתנו דבר שתמורתו היא לא נתנה לנו באותו מטבע. אם באפשרותם של המצרים לציין שהיו להם אי אלו הצלחות במלחמה האחרונה, ובכל זאת הם הגיבו בחיוב על הצעותינו, כגון החלפת השבויים, הרי אין לומר אותו דבר בנוגע לסורים.

סוריה הפסידה במלחמת יום הכיפורים כפי שהפסידה במלחמת ששת הימים, ואולי אף יותר מזה. בנוסף לכך יש לציין את העובדה שהסורים נשארו — גם לאחר תבוסתם בכלחמה — האויב החריף שלנו שאינו מוכן להשלים עם מפלתו ולשנות את עמדותיו. עד עתה לא עלה בידי שום גורם ישראלי וזר לדעת הרבה על גורלם ומצבם של שבויינו בסוריה. מי שמייעץ לנו להתחיל במגעים כלשהם עם הסורים צריך לדעת, ועלינו לדאוג לכך שהוא ידע זאת, שהפעם לא נוכל להסכים לויתורים עד שנהיה בטוחים כי האויב הסורי מוכן לויתורים מצידו. ויתורים חד־צדדיים מצידנו לא יכולים הפעם לבוא בחשבון.

מ. ב.

SYRIEN IST NICHT AEGYPTEN

Natürlich werden wir allen Regelungen zustimmen, die uns dem Frieden näherbringen. So muss es letzten Endes auch zu Kontakten mit den Syrern kommen, gleichgültig auf welcher Art und Weise diese Kontakte auch hergestellt werden sollten. Das mag uns nicht angenehm sein, ist aber sicherlich, angesichts der Entwicklung, die heute zu beobachten ist, garnicht zu ändern. Die Truppenentflechtung im Nahen Osten ist nun einmal zur Zeit modern, sie ist das, was die Welt wünscht und was auch für uns von Vorteil sein muss. Daher werden wir diesen Weg zu gehen haben, mit Damaskus ebenso wie mit Amman, nachdem wir ihn mit Kairo erfolgreich bis zu einem vorläufigen Ende gehen konnten.

Dennoch besteht dabei keine Notwendigkeit, den Syrern allzu willig entgegenzukommen, irgendwelche Konzessionen zu machen, die mehr darstellen würden, als sie zu geben bereit sind. Denn hier ist die Situation völlig anders als im Süden, als mit Aegypten. Die Aegypter können für sich in Anspruch nehmen, wenigstens gewisse Erfolge in diesem Kriege erzielt zu haben, sie wurden zu einem Partner, der, mit einem ganzen Stück guten Willens von unserer Seite her, als einigermassen gleichberechtigt betrachtet werden konnte. Dazu kam, dass sie auch in der Frage des Gefangenenaustausches vernünftige Positionen bezogen, dass man hier rasche Fortschritte machte, dass sich Kairo, obwohl auch hierbei Übergriffe recht peinlicher Natur vorgekommen waren, das notwendige Minimum an Menschlichkeit bewahrt hat. All das kann von den Syrern nicht gesagt werden.

Bei allen Kontakten mit Damaskus, wie immer sie auch aussehen mögen, haben wir weit fester aufzutreten, als wir das je mit Aegypten taten. Die Syrer haben den letzten Krieg verloren, so eindeutig, wie sie auch den Krieg im Jahre 1967 verloren hatten, vielleicht sogar noch eindeutiger. Das ist der erste Punkt, der hier eine entscheidende Rolle spielen muss. Dazu kommt, dass die syrische Haltung nach dem Kriege nicht nur unverändert feindlich blieb, sondern auch keineswegs klar ist, ob die israelischen Kriegsgefangenen, die wir in Syrien vermuten, auch wirklich heute noch dort sind. Wer immer uns Ratschläge für die Kontakte mit Syrien erteilt, muss deutlich erfahren, dass wir hier nur genau bis zu dem Punkt konzessionsbereit sein können, den auch die Gegenseite zeigt. Einseitige Leistungen Israels können an unserer Nordgrenze keinesfalls in Frage kommen.

M. BIEL



KOALITIONSVERTRAG IN TEL-AVIV UNTERZEICHNET

Der Koalitionsvertrag zwischen dem Likud, den Unabhängigen Liberalen, RNP und der Religiösen Front (Agudat Israel, Poalej Agudat Israel) wurde gestern im Tel Aviver Beit Jabotinsky unterzeichnet.

Die neue Koalition umfasst 19 von 33 Stadtverordneten, von denen 14 dem Likud angehören, 2 den UL, 2 der RNP u. 1 der Religiösen Thora-Front. Schlomo Lahat, Spitzenkandidat des Likud, wird als Bürgermeister fungieren, sein Stellvertreter ist Jigal Griffel (Likud) und die Vizebürgermeister sind David Schiffmann (Likud), Adv. Jizchak Arzi (UL), Perez Unikowsky (UL), Adv. Chaim Bassok (RNP) und Rabbi J.M. Abramowitz (Aguda).

In dem Koalitionsvertrag wird festgestellt, dass der öffentliche Verkehr am Schabbat und an jüdischen Feiertagen weiterhin stillgelegt bleibt, keinerlei öffentliche Veranstaltungen an diesen Tagen stattfinden werden, ausgenommen derjenigen, die es auch bisher gab und die nicht mit einer Entweihung des Schabbat und der Feiertage verbunden sind. Der Eintritt in den Zoo und in die Museen bleibt am Schabbat und Festtag frei. An den Stränden wird es auch separate Abteilungen für Männer und Frauen geben.

NEUE KOALITION IN NATANIA NICHT BESTAETIGT

Die Zentralinstanzen der IAP beschlossen gestern das neue Koalitionsabkommen zwischen dem Maarach und der RNP in Natania entgegen dem Willen der lokalen Maarach-Funktionäre nicht zu bestätigen, weil vorher ein Vertrag zwischen dem Likud unter der Führung von Oved Ben-Ami und dem Maarach unterzeichnet und vom Zentralkomitee der Partei bestätigt worden war. Die IAP sprach sich gegen einen Bruch bestehender Koalitionsverträge aus.

SECHS LEICHEN IN DER „CHINAFARM" ENTDECKT

Sechs Leichen von Soldaten wurden bei der Evakuierung der „Chinafarm" am Suezkanal entdeckt, die während des Jom Kippur-Krieges Schauplatz heftigster Kämpfe war. Die Leichen wurden identifiziert und Einzelheiten an den Generalstab weitergeleitet, um die Familien zu verständigen.

Die Einheiten des Militäroberrabbinats, die am Sonntag die Suche nach Vermissten und Leichen auf dem Gebiete der 2. ägyptischen Armee aufnehmen sollten, haben dies aus unbekannten Gründen bisher nicht getan und es ist nicht bekannt, wann die Suchaktion wiederaufgenommen werden wird.

74% der Franzosen fuer eine Aktion gegen die Araber

74 Prozent aller Franzosen sprachen sich bei einer Meinungsumfrage für eine gemeinsame Aktion der EG-Staaten mit den USA gegen die Araber aus und nur 15 Prozent treten für direkte Separatverhandlungen mit den Arabern ein.

19 Prozent der Franzosen — vorwiegend Wähler der KP — sind für einen israelischen Rückzug aus allen arabischen Gebieten, 35 Prozent befürworten einen teilweisen Rückzug und 20 Prozent meinen, Israel solle sämtliche besetzten Gebiete beibehalten.

60 Prozent sprachen sich gegen Sanktionen gegen Israel aus und 75 Prozent erklärten, dass sie keineswegs an ein Verschwinden Israels von der nahöstlichen Landkarte glauben.

Oesterreichischer Moench setzt sich fuer israelische Gefangene ein

Jerusalem (HM) — Professor Siebl, ein katholischer Mönch, der an der österreichischen Universität von Salzburg tätig ist, wandte sich in einem Aufruf an den Papst in Rom, sich für die israelischen Kriegsgefangenen in Syrien einzusetzen. Dies wurde gestern vom Sprecher der Erziehungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation in Jerusalem enthüllt.

Prof. Siebl, ein bekannter Judaist, der auch die hebräische Sprache beherrscht, steht mit der Abteilung seit Jahren in Verbindung und nahm voriges Jahr an einem Weltkongress der Jüdischen Wissenschaften in Jerusalem teil. Er hat einen Lehrstuhl für jüdische Wissenschaften an der Salzburger Universität.

FAHRLEHRER KUENDIGEN STREIK AN

Rund 700 Lehrer in 200 Fahrschulen von Tel-Aviv und im Zentraldistrikt wollen am nächsten Dienstag zum Protest gegen die durch Mangel an Fahrprüfern ins Stocken geratenen praktischen Fahrprüfungen in den Streik treten.

Etwa 8000 Fahrschüler, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, warten gegenwärtig auf praktische Fahrprüfungen und beim gegenwärtigen Prüfungstempo werden sie zwei bis acht Monate zu warten haben.

GEDENKLAUF FUER „LAMED-HEH"

Jerusalem (HM) — Gestern fand in Jerusalem der traditionelle Gedenklauf zur Erinnerung an die 35 Kämpfer, welche während des Befreiungskrieges beim Rettungsversuch von Gusch Etzion fielen, statt. Am Gedenklauf beteiligten sich diesmal über 1200 Mittelschüler, zum Teil von ausserhalb Jerusalem. Das Startzeichen wurde am Herzlberg gegeben und der Staffellauf kam im Kibbuz Halamet-heh, nach 35 Kilometer langer Strecke, zum Abschluss.

An der Abschlussfeier beteiligten sich der Jerusalemer Vize-Bürgermeister Josef Gadisch, der Kommandant des Zentral-Abschnittes der israelischen Armee, Aluf Jona Efrat, und der Generaldirektor des Erziehungsministeriums, Elad Peled. An der Feier nahmen auch die Eltern der umgekommenen 35 Kämpfer teil.

US-ARBEITER STEHEN HINTER ISRAEL

Die amerikanische Arbeiterbewegung wird einmütig hinter Israel und der Politik Golda Meirs stehen, versprachen die Führer des US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO nach einwöchigem Besuch Israels.

Die amerikanischen Gewerkschaftler trafen sich mit Ministerpräsidentin Golda Meir und veröffentlichten nachher eine Erklärung, in der das Recht Israels auf sichere und verteidigbare Grenzen anerkannt wird. Zugleich wird die Enttäuschung über die Haltung gewisser europäischer Arbeiterverbände in der Nahostfrage zum Ausdruck gebracht.

An der Spitze der Delegation stand Lane Kirkland, Stellvertretender Präsident der AFL—CIO und es gehörten ihr an die Präsidenten der Hafenarbeiter-Gewerkschaft, der Präsident der Gewerkschaft der Arbeiter in der Bekleidungsbranche, d. Bauarbeitergewerkschaft und andere Funktionäre.

GOLDA MEIR MORGEN BEI KATZIR

Im Zusammenhang mit den gesetzlichen Schritten zur Bildung einer neuen Regierung wurde Ministerpräsidentin Golda Meir für morgen früh zum Staatspräsidenten Katzir eingeladen. Der Staatspräsident wird bei dieser Gelegenheit Frau G. Meir mit der Regierungsbildung beauftragen.

Wir trauern um das Ableben unseres lieben Bruders und Schwagers

Martin Blumenfeld ז"ל

der am 25.1.1974 in Frankfurt a.M. nach kurzer Krankheit verschieden ist.

Michael Wahrhaftig und
Ilse geb. Blumenfeld, Haifa
Dr. Kurt Saberski und
Paula geb. Blumenfeld, London

JOBERT FUER EUROPAEISCH-ARABISCHE KOOPERATION

Kuwait (R) — Der französische Aussenminister Michel Jobert forderte gestern die Errichtung eines gemeinsamen Ausschusses der arabischen Oelstaaten und der Mitgliedstaaten der EG, die bei der Lösung der weltweiten Energiekrise mitwirken soll.

Jobert verhandelte in Kuwait vorwiegend über die Nahostprobleme und über globale Lösungen für die Energiekrise. Der Staatsminister von Kuwait, Abdel Asis Hussein, bezeichnete die Gespräche mit dem französischen Aussenminister „positiv und ertragreich".

Korrespondenten gegenüber äusserte Jobert die Ansicht, dass die Supermächte allein nicht in der Lage sind einen Frieden zu gewährleisten, der sichere Grenzen zwischen Israel und den arabischen Staaten festlegt und die Rechte des palästinensischen Volkes garantiert.

Jobert begab sich gestern aus Kuwait nach Syrien.

FEISAL SCHENKT ANTISEMITISCHE BÜCHER

Paris (INA) — Den französischen Journalisten, die Jobert nach Jedda begleitet hatten, gab König Feisal von Saudien ein „persönliches Geschenk" in Form der „Protokolle der Weisen von Zion" und Anthologien antisemitischen Schrifttums. Unter den beschenkten französischen Journalisten befanden sich vier Juden.

HUSSEIN IN BUKAREST

Amman (R) — König Hussein von Jordanien begab sich gestern zu einem offiziellen Besuch nach Bukarest. In seiner Begleitung befinden sich auch der Ministerpräsident und der Aussenminister Jordaniens. — Während Husseins Abwesenheit wird ihn Thronfolger Hassan vertreten.

Das Flugzeug von König Hussein musste zunächst in Istanbul landen, weil der Flughafen von Bukarest wegen schlechter Sichtverhältnisse gesperrt worden war. Hussein wartete in Istanbul die Besserung des Wetters ab.

ALDO MORO IN KAIRO

Rom (AFP) — Der italienische Aussenminister Aldo Moro begab sich gestern nach Kairo von wo aus er nach Kuweit, Iran, sowie Saudien fliegen wird. Zweck der Reise des italienischen Aussenministers ist es die Beziehungen zwischen Italien und den arabischen Staaten zu vertiefen.

BRESCHNEW NACH KUBA

Moskau (UPI, R, AFP) — Der sowjetische Parteichef Leonid Breschnew begab sich gestern zu einem offiziellen Besuch nach Kuba. In seiner Begleitung befinden sich zehn weitere sowjetische Würdenträger, darunter Aussenminister Gromyko und TASS-Generaldirektor Samjatin.

aus dem Land

Eine Gruppe von 80 Synagogenvorstehern aus den USA traf gestern in Israel ein, um die US-Touristik nach Israel zu forcieren. Die Gäste kamen auf Einladung des Touristik-Ministeriums und werden vom Staatspräsidenten, dem Oberrabbiner Goren, vom Touristikminister Kol und anderen Persönlichkeiten empfangen werden.

Vier Jerusalemer Händler wurden wegen Preistreiberei zu Geldstrafen bis zu IL 600 verurteilt.

Zwanzig Chauffeure, die an ihrem verkehrsfreien Tag mit dem Auto fuhren, wurden im Laufe des letzten Monats in Haifa gefasst. Ein Teil von ihnen erhielt bereits Geldstrafen bis zu IL 750, der Rest wird noch vor Gericht gestellt werden.

AUTOMATISCHER WECKDIENST IN TEL AVIV

Ein automatischer telefonischer Weckdienst wurde auf der Rufnummer 174 in Tel Aviv u. Umgebung eingerichtet. Der Weckdienst erfolgt mit Hilfe einer elektronischen Anlage ohne Telefonisten. Die Anlage kann bis zu 2800 Bestellungen ... ge aufnehmen.

POLIZEI ZIEHT ANK[LAGE] GEGEN ARZT ZUR[ÜCK]

Die Polizei hat die ... gegen Dr. Bela Fürth ... Elieser zurückgezogen, ... sprünglich angeklagt ... war, am verkehrsfreien ... Fahrzeug benutzt zu hab..., wohl sich der Arzt ... Vereinbarung zwischen ... Aerzteverband und dem ... zeugregistrierungsamt be... zufolge Aerzten in Dien... ten uneingeschränkt ... sind. Auf Grund der ... ten Anklage wurde er ... kehrsgericht freigesproc...

SECHS JAHRE GEFAENGNIS FU[ER] BEWAFFNETEN R[AUB]

Josef Turgeman (23) ... jat Jam und Dov Jizch... aus Haifa wurden vor d... faer Distriktsgericht des ... neten Raubes in einer St... kaufsstelle in der Haifae... schuldig befunden. T... wurde zu sechs Jahren ... nis und sein Komplice ... nem Jahr Gefängnis un... ren zwei Jahren mit ... rungsfrist verurteilt.

Die beiden Täter hab... Schuld gestanden.

PREISWUCHERER BESTRAFT

Jerusalem (HM) — Eine Geldbusse von IL 600 oder 20 Tage Gefängnis wurde über die Inhaberin eines Buffets im Gebäude der Jewish Agency in Jerusalem, Frau Simcha Nachmias, vom Jerusalemer Friedensgericht verhängt. Sie hatte verschiedene Erfrischungen zu Wucherpreisen verkauft.

Der Inhaber eines Kolonialwarengeschäfts in der Jechezkelstrasse Nr. 5, Jerusalem, David Baruchian, wur... einer Geldbusse von IL ... straft, weil er für 1 Kil... Gries 28 Agurot mehr ... men hatte, als der Maxi... damals festlegte.

IL 200 musste der ... des Restaurants „Citadel" ... Nähe des Jaffa-Tors, e... für Preiswucher, bezahle...

Sämtliche Anklagen ... vom Handels- u. Indust... sterium eingebracht wor...

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Bör[se]

OBLIGATIONEN	27.1.1974	
6% Development Loan Serie 4 bea. er $ link. ...	285	
6% Israel Electr. „B" $ linked	150	
6% Industrial Devel. Bank Serie 3 o. $ linked	258	
5% Dead Sea Works bearer $ linked	148	
6½% Zim $ linked	131	
Development Loan Serie 140 — 5 year-notes	218	
Milve Klita 1961 Index 126.3	227.5	
Milve Klita 1962 Index 132.0	212.5	
Milve Klita 1963 index 132.6	304.8	
Milve Klita 1964 Index 138.5	281	
Milve Klita 1965 Index 110.1	258.4	
Milve Klita 1966 Index 118.6	215.6	
Milve Klita 1967 Index 118.5	207.8	
AKTIEN-MARKT		
Osar Hitjaschwut ord. shares reg.	228	
I.D.B. Bankholding ord. sh.	166.5	
Isr. British Bank bearer	291	
Bank Leumi „A" ord. stock	256.5	
General Mortg. Bank ord. shares bearer	213	
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	224	
Housing Mortg. Bank „B" ord. sh.	171.5	
Hassneh Insurance ord. shares	206.5	
Delek ord. shares reg.	141.5	
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	170	
Africa Pal. Investments ord. sh. reg. IL 10 b.	260	
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	160.5	
Sole) Boneh Build Works 10% ...	130.5	
Mehadrin	200	
Anglo Israel Investment	136	
Neot Aviv	62.5	
Pasco 8% pref. ord. shares reg.	77	
Ata „C" ord. reg. shares	112.5	
Dubek	349.5	
Phoenicia 8% ord. pref. part. bearer	97	
American Israel Paper Mills	294.5	
Assis	203	
Elgar Investment bearer	79	
Elern Investment Ltd. bearer	153	
... Investments	92.5	
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. Sh 10.	87	
Discount Bank Inv. bearer	303	
Bank Leumi Investment ord. shares	186	
Export Bank Investment	62	
Clal Industries	176	
Naphta Ltd. ord. bearer	65	
Lapidot ord. shares reg.	123.5	
I.L.D.C. 10% conv. deb	85.5	
Ata 10% conv. deb.	81	
D-Mark per $	—	2.81
Swiss Fr. per $	—	3.36
D-Mark	1.46	
Netad (unter Banken)	4.91	

TENDENZ AM GESTRIGEN BOERSENMARK[T]

übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japo...

Ohne Obligo

* = ex coup. div · V = Nur Verkäufer
K = Nur Käufer · S = Schlusskurs
** = ex rights

Dollar Bonds: unverändert
Index Bonds: sehr fest
Aktien: schwächer

ISRAEL NACHRICHTEN חדשות ישראל
— Nr. 25 —
Tageszeitung in deutscher Sprache
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Redaktion: Tel. 30014.
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52